

ersch. täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Vertheilungsliste Nr. 7102.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Beträgt für die fünfgespaltene  
Beilage oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 2 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Mittwoch, den 12. Juni 1895.

VI. Jahrgang.

## Der Krebsgang in der „Socialreform“.

In der „Zukunft“ bespricht Herr Ober-Regierungs-Rath Dr. Wörishoffer, der bekannte tüchtige badische Fabrikinspector, die Thätigkeit der Reichscommission für Arbeiterstatistik. Er erkennt ihre Leistungen an, aber zum Schluss ergeht er sich in so resignirten Betrachtungen, daß man hindurchfühlt: er glaubt nicht mehr daran, daß die Regierung die Commission als ein willkommenes Mittel zur Beschleunigung notwendiger Reformen ansieht; die Regierung hängt vielmehr an, den einst willkommenen Antreiber als einen lästigen Mahner zu empfinden.

Wenn selbst Wörishoffer das durchblicken läßt und sich verpflichtet fühlt, die Regierung vor der Umkehr auf ihrer 1890 beschrittenen Bahn zu warnen — so sollten die theilhaftigen Arbeiter, in erster Linie also die Müller, Bäcker, Handlungs- und Gastwirthsgehülfen, um so lauter ihre Stimme erheben, daß die „Enqueten“ nicht bloß als Mittel zur Verschleppung von Reformen dienen.

Wir geben zur Orientirung über die Situation die Schlussbemerkungen von Wörishoffer wieder. Er schreibt:

„Alle Erhebungen und Erörterungen (der Commission) beschäftigen sich mit der Arbeitszeit von Gehilfen und Lehrlingen in nicht fabrikmäßig betriebenen Gewerben. Es haben sich hierbei Arbeitszeiten in großer Zahl herausgestellt, die so ausgedehnt sind, daß sie die Gesundheit der betroffenen Personen schädigen und die theilweise geradezu unmenschlich genannt werden müssen. Schon der dem Staate obliegende Schutz der Schwachen erfordert daher Abkürzung dieser Mißstände, so weit dies praktisch möglich ist. Es werden aber auch in anderer Weise die Interessen der Allgemeinheit in Mitleidenhaft gezogen. Zu lange Arbeitszeiten machen die Arbeiter unsauber an ihrer Person und in ihren Arbeitsverrichtungen, was bei der Herstellung von Lebensmitteln in Betracht gezogen werden muß. Außerdem werden aus der gleichen Ursache die Arbeiter einzelner Gewerbebranchen frühzeitig aus ihrem Berufe verdrängt und damit declassirt. Es handelt sich hierbei um die Beseitigung von Zuständen, die direct culturfeindlich sind.“

Die Commission ist nunmehr an einen kritischen Punkte angekommen. Die nächste Zeit muß über ihre Zukunft entscheiden. Es muß sich zeigen, ob ihre Thätigkeit eine fruchtbringende wird oder nicht, ob die

bescheidenen Reformen, die sie vorschlägt, in den Regierungen, im Reichstage und in der öffentlichen Meinung den Boden genügend vorbereitet finden, oder ob bei uns für ein so wohl vorbereitetes und so vorsichtiges Vorgehen die Zeit noch nicht gekommen ist. Denn vorsichtig und maßvoll sind die Vorschläge der Commission in so hohem Grade, daß sie gerade die Freunde der socialen Reform nicht völlig zu befriedigen scheinen. Zeigt es sich, daß trotz diesem Vorgehen, daß unter dem praktischen Gesichtspunkte der Sicherstellung der Vorschläge gegen die ihnen auf ihrem verschlungenen Wege drohenden Gefahren stattfindet, es der Commission nicht gelingt, wirkliche Ergebnisse zu erzielen und zu der Abstellung der festgestellten Mißstände innerhalb bescheidener Grenzen beitragen zu können, so ist der Zweck ihres Bestehens weggefallen. Eine Institution, die lediglich statistische und andere Erhebungen veranstaltet, Berichte abfaßt u. s. w., und die das Alles in sorgfältig redigirten Ausgaben veröffentlicht, würde sich bei uns nicht aufrecht halten lassen und es würde sie Niemand aufrecht halten wollen.

Es ist natürlich, am Schlusse dieser Besprechung nach den Lebensausichten unserer jungen und doch schon in ihrem kritischen Alter angekommenen Institution zu fragen. Aus dem Umstande, daß in der weiteren Behandlung des einzigen von der Commission erledigten Gegenstandes, der Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Conditoreien, eine Stockung eingetreten ist, können an sich ungünstige Schlussfolgerungen nicht gezogen werden. Es ist sehr wohl möglich, daß nur taktische Erwägungen für die Verzögerung maßgebend waren, daß man fürchtete, bei der jetzigen Situation im Reichstage mit einer in der Richtung der socialen Reform liegenden Vorlage nicht durchzubringen. In der Verzögerung allein würde nichts Bedenkliches liegen. Wo es sich um Mißstände handelt, die schon während mehrerer Menschenalter bestehen, tritt gegenüber der Wichtigkeit ihrer Beseitigung überhaupt eine Verzögerung von einem Jahre ganz und gar an Bedeutung zurück. Wenn aber von der Reichsregierung ein Vorgehen im Sinne der Thätigkeit der Commission unter den jetzigen Constellationen überhaupt nicht für angezeigt gehalten werden sollte, so würde dies viel ernster zu nehmen sein. Es wäre d. r. Gradmesser für den Einfluß, den die zur Zeit sich geltend machende, der socialen Reform feindliche Strömung schon gewonnen hat. Es ist zwar anzunehmen, daß mit der Zeit die Nothwendigkeit eines solchen Vorgehens sich auf andere

Weise durchsetzen würde. Das weitere Bestehen der Commission für Arbeiterstatistik würde aber jedenfalls zwecklos sein, wenn erst einmal die genannte Strömung die Oberhand gewonnen hat. Nicht, als ob bis Leistungen der jeder socialen Reform abgeneigten Strömung auf dem wissen(?)schaftlichen Gebiete besondere Besorgniß bezüglich ihres Einflusses auf die Gestaltung der Verhältnisse erwecken könnte. Dazu sind diese Leistungen bis jetzt zu dürftig. In welchem Umfange aber die plumpe Vertretung der eigenen materiellen Interessen in der nächsten Zeit noch weiter an Gewicht zunimmt, das ist das in unserem Falle Entscheidende.

Es ist daher der Zweck dieser Besprechung, das Interesse weiter Kreise, die von wesentlichem Einflusse auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung sind, für eine Institution in Anspruch zu nehmen, die zwar nur ganz im Kleinen an der Verbesserung der Zustände auf dem ihr zugewiesenen Gebiete zu arbeiten berufen ist, deren Thätigkeit aber doch in der Richtung der Förderung unserer gesamten Cultur liegt.

Offentlich rühren sich die Arbeiter genügend, daß die ange deuteten Bedenken des badischen Fabrikinspectors nicht zur Wirklichkeit werden.

Freilich, es ist in unseren industriell schwächer entwickelten continentalen Ländern nun einmal Regel, daß auf socialreformatorische Anläufe, auch wenn sie noch so geringfügig sind, immer gleich wieder der Rückschlag erfolgt. Prof. Singer hat das neulich in der Wiener „Zeit“ auch für die österreichischen Arbeiterschutzbewegungen, insbesondere das Fabrikinspectorat nachgewiesen. Die Gewerbeinspectoren — führt er aus — suchten erst „mit kräftigen Armen die sich ihnen entgegenthürmenden Wogen der Gesetzwidrigkeit im Gewerbeleben zu theilen. Der gerade vor zehn Jahren veröffentlichte erste Band der Inspectorats-Berichte bot auch einen ungefähr richtigen Reflex der Zustände, welche unsere Gewerbeinspectoren in den Fabriken, Werk- und Wohnstätten vorfanden. . . . Von diesem ersten Berichte her datirt der gute Ruf unseres Gewerbeinspectorats, von dem es, anstatt ihn zu mahnen, jetzt nur mehr zehrt. . . . Die freimüthigen Darstellungen des Arbeiterlebens verliehen der österreichischen Publication einen großen socialpolitischen Credit und die Arbeiterschaft schöpfte unverkennbares Vertrauen zu der neuen Einrichtung. Die Gewerbeinspectoren waren auf dem besten Wege, zu Tribunen der von der Gesetzgebung und Verwaltung aus-

## Satdeblümchen.

Novelle von Franz Lauffötter.

71 (Nachdruck verboten.)

„Wenn es Ihnen Vergnügen macht, recht gern.“

„Dann will ich gleich morgen beginnen.“

„Ich freue mich darauf, Ihnen bei Ihrer Arbeit zuzusehen zu dürfen.“

In diesem Augenblick trat der Vater des jungen Mädchens durch die offene Hausthür in den Flur. Er war ein hochgebauter, starkknochiger Mann an der Schwelle des Greisenalters. Sein Haar spielte bereits in's Graue, aber seine Haltung war ungebeugt, wie die eines Mannes in den besten Jahren. Er trug über seinem Anzug einen blauen, leinwandnen Kittel, an den Beinen statt der Stiefel Gamaschen und in der Hand einen mächtigen Knotenstock. Ein großer, rauhaariger Hund war sein Begleiter.

„Guten Abend!“ sprach er, als er der Beiden ansichtig wurde. Er fixirte den Fremden einige Augenblicke, wobei sich in seinem strengen, verwetterten Gesicht keine Miene verzog, welche Neugier oder Interesse verrieth.

„Der Herr ist ein Maler aus Düsseldorf, Vater,“ erklärte das junge Mädchen. „Er ist zum Besuche eines schwerkranken Freundes nach Neuburg gekommen. — Wir haben uns neulich während des juchibaren Gewitters in Marienberg bei Köchlings kennen gelernt. . . .“

„Und heute ging ich zufällig dort an der offenen Thür vorbei, erkannte Ihre Tochter und nahm mit der Freiheit, hier einzutreten.“

„Sie sind Maler?“ fragte der Alte.

„Landschafts- und Genremaler, Herr . . . Herr . . .“

„Ich heiße Birkhoff.“

„Mein Name ist Killing.“ Der junge Mann machte eine Verbeugung, die aber von Seiten des Alten unbeachtet blieb.

„Herr Killing will unsere Küche malen,“ erzählte Rieka, „er meinte, es würde ein hübsches Gemälde werden.“

Der Vater ließ seine Blicke über den Herd und seine Umgebung schweifen und ein lächliches Lächeln huschte über sein Gesicht, aber er sprach kein Wort. Es kam ihm ungemein komisch vor, daß die alte und verbrauchte Küche Stoff zu einem Gemälde abgeben sollte. Der Künstler schien seine Gedanken zu errathen.

„Sie lächeln, Herr Birkhoff,“ wandte er sich an ihn, „weil Ihnen der Stoff zu unbedeutend erscheint. — Sie glauben vielleicht, nur eine Schlacht oder sonst ein wichtiger Moment wäre des Malers werth. Das ist aber ein Irrthum. Es giebt unscheinbare Scenen, die, auf einem Gemälde dargestellt, das Entzücken der Zuschauer erregen. In der Malerei kommt es hauptsächlich auf die Art und Weise der Darstellung an.“

„Ich kenne nichts davon, Herr Maler,“ unterbrach der Alte seinen Redefluß, „und schäme mich nicht

einmal, daß ich nichts davon verstehe. Ein Jeder in seinem Fache; Sie sind ein Maler und ich bin Schafhändler; Sie finden unter hundert Bildern doch das schönste heraus, und ich unter hundert Schafen das beste.“

Der junge Mann erröthete bei dem Gedanken, daß er seine künstlerische Weisheit an unrechter Stelle angebracht habe. Die Crifa war wohl eine Zuhörerin für ihn, aber der Vater. . . . Solche Leute kennen keine anderen Bilder, dachte er, als man sie in den Dorfswirthshäusern findet: Schlachtenbilder voll Pulverdampf, Kanonenkugeln fliegen durch die Luft, Todte und Verwundete liegen am Boden und mitten dazwischen hält der General hoch zu Ross, dem die Kugeln ehrerbietig ausweichen. Oder die Schauer-gemälde vor den Jahrmärkten, die ein altes Weib, eine Mordgeschichte singend, den Gaffern erklärt, während ihr Mann die Drehorgel dazu spielt.

Der Maler fühlte sich unbehaglich und wollte sich empfehlen. Aber ein Blick aus den Augen seiner Freundin bewog ihn zum Bleiben. Sie hantirte am Herd und konnte sich an der Unterhaltung der beiden Männer nur durch Blicke theilhaben. Es lag etwas Aengstlich-Bittendes in ihren Augen, das den Fremden, der mit ihres Vaters Besen noch nicht bekannt war, über seine Unbehaglichkeit hinweg half und ihm den gewohnten Humor wiedergab.

„Lassen Sie uns denn über Schafe sprechen,“ versetzte der Künstler lächelnd; „das Gespräch wird Ihnen interessanter sein, Herr Birkhoff.“

geschlossenen Arbeiterbevölkerung zu werden, was für sie um so ehrenvoller war, als sie nicht aus deren Wahl hervorgingen, als sie, weit entfernt davon, tendenziös oder schändlich aufzutreten, sich fast ausschließlich bestrebten, zu zeigen, „das was ist“. Zu viel mehr fehlte ihnen die Machtbefugnis. Doch der Central-Gewerbeinspector glaubte nur zu bald herauszufinden, „daß“, wie er sich seinen Untergebenen gegenüber auszubringen pflegt, „die Wahrheit die Dummheit zu stark irritirt“. Zur Nachahmung des bundesrätlichen Vorgehens in Deutschland (d. h. der Kürzung und Durchsicht der Berichte) fehlt bei uns die gelegliche Handhabe. Da blieb nichts anderes übrig, als den Gewerbeinspectoren ihre „im Wege der vorgesezten Landesbehörde“ dem Ministerium alljährlich zu erstattenden Berichte vor der Ablieferung an die Landesstelle abzuverlangen, und an diesen zu glätten nach Herzenslust. Ein-, zweimal und noch öfter wanderten die höchsten Jahresberichte zu ihren Verfassern zurück. . . . Auf welche Abwege mitunter diese Erziehungs- und Aufsichtsmethode des Central-Gewerbeinspectors führte, ist aus dem folgenden Beispiele zu ersehen. Ein Gewerbe-Inspector, der nur zu genau wußte, daß das Lob von Unternehmern nicht unter Strafe stehe, berichtete über die Einführung einer Wohlfahrts-Einrichtung in einer Fabrik. Die Betriebsleitung einer anderen Fabrik, welche diesem Beispiele folgen wollte, wendete sich an den Central-Gewerbeinspector mit der Bitte um Zusendung der Statuten jener Einrichtung. Wie beschämend mag wohl für den Chef unserer Gewerbeinspection das Gesändnis gewesen sein, daß die im früheren Jahresberichte so gerühmte Institution gar nicht bestesse! Der Spielraum zur Hebung der Lage der Arbeiter in den Gewerbeinspectoren durch die Gesetzgebung war genug bemessen. Sie dürfen in den besuchten Arbeitsstätten die Beseitigung gefährdender Mängel verfügen. Ueber diese Maßnahmen haben sie ihrem Chef periodisch Bericht zu erstatten, der wohl zum Zweck der ausgleichenden Gerechtigkeit auf die Hebung der Lage der Arbeitgeber insofern bedacht ist, als er den Eifer seiner Untergebenen mit der fierotypen Wendung zu dämpfen sucht: „Wir dürfen die Unternehmer nicht verbittern!“ und den Fabrikanten, die sich bei ihm über eine vom Gewerbeinspector getroffene Verfügung beschwerten, das größte Entgegenkommen zeigt. Selbst harmlose, nichts weniger als lästige Anordnungen wurden schon auf diese Art außer Kraft gesetzt. Was Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die vielen Tausende der in den bisher erschienenen elf Jahresberichten registrierten „Einrichtungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter“ zumeist nur auf dem Papiere stehen, wofür umfassende Informationen und ebenso . . . starke Zunahme der Unfallfrequenz unwiderleglich sprechen. Die in den Jahresberichten tabellarisch angeführten Arbeiterschutzmaßnahmen sind nur zum kleineren Theile verwirklicht; der überwiegenden Anzahl nach sind sie bloß der Ausdruck der von den Gewerbeinspectoren bei ihren Besuchen verlangten oder gar in Circularen empfohlenen Abänderungen. Allerdings kommen auch die Inspectoren immer seltener zu solchen Besuchen. Gedacht war zwar die Gewerbeinspection ursprünglich als ein von

Bureaukratieabtrübnungen möglichst freier und möglichst freizügiger Beruf. Aber schon im zweiten Jahre der Thätigkeit begannen die immer lauter beklagten Schreibgeschäfte beständig zu wachsen, und die Zahl der Inspectionen gewidmeten Reisetage sank dementsprechend. Die Gewerbeinspectoren wurden immer sehnlicher.“  
 So capituliren schließlich alle bürgerlichen Reformer vor der Wucht der materiellen Interessen des Capitals, wenn die organisirte Arbeiterklasse nicht ein hinreichendes Gegengewicht bietet. Die vielgerühmte österreichische Fabrikinspection bereits entmannt, das bischen deutsche arbeitsstatistische Reichscommission schon „am kritischen Punkt angekommen“ — das ist die Socialreform von oben!

### Politische Rundschau.

— Weßhalb waren neue Steuern notwendig? Was ergibt die Uebersicht über die Reicheinnahmen von 1894.95? Die ganze Spannung, d. h. das Mehr der Matricularbeiträge der Einzelstaaten über den Betrag der Ueberweisungen aus dem Reichshaushalt an die Einzelstaaten, hat sich herabgemindert bis auf das winzige Röschen von 2,600,000 Mark. Bis auf diese geringe Summe befreit also das Reich alle seine Bedürfnisse aus eigener Einnahmen. Auch dieses Mehr der Matricularbeiträge hätte vermieden werden können, wenn die neuen Börsensteuern und die Erhöhung des Lotteriestempels schon für das ganze Jahr und nicht bloß für 11 Monate in Kraft gewesen wären, oder wenn nicht schon bei Inkrafttreten des verdoppelten Lotteriestempels Verlosungspläne genehmigt gewesen wären auf die wegen dieser Genehmigung nur der frühere Stempelsteuerbetrag Anwendung fand. — Die Zölleinnahmen aus den Zöllen ferner haben für 1894.95 eine Summe ergeben, welche um mehr als 14 Millionen Mark den Staatsanlag der Zölle für 1895.96 übertrifft. Wenn daher im laufenden Staatsjahr die Einnahmen aus den Zöllen auch nur auf der Höhe des Vorjahres bleiben (im ersten Monat des neuen Staatsjahres, im April haben die Zölleinnahmen schon ein Mehr von 5,194,694 Mk. ergeben), so erhalten die Einzelstaaten 14 Millionen Mark mehr überwießen, als ihnen etatsmäßig zugesichert ist. Da nun schreibt die „Freiwillige Zeitung“, für das laufende Staatsjahr die Matricularbeiträge trotz der Nachtragetats die Ueberweisungen nur um 9—10 Millionen Mark übersteigen, so werden die Einzelstaaten für 1895.96 schon unter solcher Voraussetzung 4—5 Millionen Mark mehr Ueberweisungen erhalten, als sie Matricularbeiträge zu zahlen haben. Die Einzelstaaten kommen also schon aus diesem Grunde im laufenden Staatsjahr besser fort, als wenn für dieses Jahr der neue Reichsfinanzreform-Autokrat in seiner letzten Gestalt in Gang gesetzt worden wäre.

— Auch eine Enquete. Die freiconservative „Vor“ fordert ihre Freunde auf, zur Unterstützung des Gesetzesentwurfs auf Aufhebung der Rückzahlungspflicht für die Grundbesitzerhaftungsschuldner zahlenmäßig die Beteiligung von Groß- und Kleingrundbesitz an einem solchen Gesetze zu ermitteln. Die „Frei. Ztg.“ richtet daraufhin an die Herren die freundliche Bitte,

diese Enquete noch besonders auszudehnen auf die nachfolgenden Großgrundbesitzer, denen als Inhabern von Gutsbezirken vom 1. April 1895 die Grundsteuer erlassen worden ist für die beifolgende Anzahl von Gütern und Hektaren: Fürst Pleß für 83 Güter mit 70,139 Hektaren, Puttbus für 62 Güter mit 19,752 Hektaren, Fürst Stolberg-Wernigerode für 21 Güter mit 19,649 Hektaren, Fürst Hohenlohe-Dehringen für 43 Güter mit 39,365 Hektaren, Graf Redern für 24 Güter mit 18,766 Hektaren, Graf Stolberg-Kosla für 13 Güter mit 8871 Hektaren, Herzog von Ratibor für 53 Güter mit 34,026 Hektaren, Prinz Biron von Kurland für 29 Güter mit 22,691 Hektaren, Fürst Hapselb für 30 Güter mit 18,538 Hektaren, Fürst Wichnowsky für 15 Güter mit 8691 Hektaren, Frhr. v. Scharfstein für 16 Güter mit 13,485 Hektaren, Graf Hensel von Donnersmarck für 33 Güter mit 22,731 Hektaren, Reichsgraf von Oppersdorff für 21 Güter mit 5992 Hektaren, Reichsgraf von Brühl für 12 Güter mit 22,716 Hektaren, Reichsgraf von Schaffjotisch für 39 Güter mit 31,011 Hektaren, Graf zu Stolberg-Stolberg für 4 Güter mit 8794 Hektaren. Die Herren sind, so bemerkt die „Frei. Ztg.“, vorstehend aufgeführt in der Reihenfolge der Höhe des Grundsteuer-Reinertrages ihres Grundbesitzes. Der Grundsteuer-Reinertrag des Fürsten v. Pleß beträgt Mk. 358,753. für den an letzter Stelle angeführten Grafen zu Stolberg-Stolberg Mark 115,864. Da die Grundsteuer 9 1/2 Procent des Grundsteuer-Reinertrages beträgt, so beziffert sich beim Fürsten Pleß der Steuererlaß auf mindestens Mk. 36,000 und bei dem letzten in der obigen Reihe aufgeführten Grafen Stolberg-Stolberg auf über Mk. 12,000. Die vorgenannten Herren sparen also jeder zwischen Mk. 12,000 und 36,000 jährlich an Grundsteuer, dafür sollen sie nun noch nicht einmal die Entschädigungscapitalien zurückzahlen, welche diesem Majoraten 1866 in 4 1/2 procentigen Staatspapieren in Höhe des 13 1/2 fachen Jahresbetrages der damals eingeführten Grundsteuer ausgezahlt worden sind.

— Aus dem Reich des Herrn Thiele ist dem „Volkblatt für Halle“ ein Rundschreiben des Eisenbahnbetriebsamts Nordhausen an sämtliche Dienststellen, datirt vom 4. Januar 1895, zur Verfügung gestellt worden, das wiederum von einer rührenden Sorgfalt der Bahnverwaltung für die Arbeiter Zeugnis ablegt. Aus Berichten, die auf Grund einer älteren Verfügung erstattet worden sind, hat die Bahnverwaltung ersehen, daß noch eine große Anzahl von Beamten und Arbeitern vorhanden sind, die die Zeitfrist: „Die Eisenbahn“ noch nicht halten und lesen. In der Verfügung heißt es:

Zweck des Blattes ist neben Unterhaltung der Familien der Arbeiter und kleinen Beamten, auch Auskunft über die Wohlfahrtsbestrebungen der Verwaltungen zu geben und vom Standpunkt der kaiserlichen Socialreform über die Fortschritte des staatlichen Arbeiterschutzes und aller arbeiterfreundlichen Einrichtungen zu berichten. Politische und confessionelle Erörterungen sind völlig ausgeschlossen, wenn auch über die Tagesereignisse ausführlich gesprochen werden wird, um hierdurch das Halten eines besonderen politischen Blattes überflüssig zu machen.

Bis zum Schluß des Monats ist zu berichten, welche Beamten und Arbeiter auf die Zeitschrift abonniert haben. Das Blatt kostet monatlich ganze — 10 Pfg.

Jetzt mußte aber der Alte lachen. „Was können Sie von Schafen, Herr Maler? Sie mögen wohl eins malen können, aber das ist auch Alles. Oder würden Sie es riskiren, einen Hammel nach dem Gewicht zu tariren?“

Jetzt brach das junge Mädchen in ein helles Gelächter aus, in welches die beiden Männer einstimmen.

„Ihr kommt nicht zusammen und Euer Gespräch erscheint mir, wie wenn man zwei Pferde an den Wagen spannt zum Fahren, jedoch das eine vorn und das andere hinten. Doch es ist Zeit zum Abendessen.“ unterbrach sie sich, als sie sah, daß Knacht und Stogb vom Tische heimkehrten.

„Dann will ich nicht weiter hören.“ sagte der Maler und machte Piacé zum Aufbrechen. „Schade um unser interessantes Gespräch.“

„Sie hören aus keinemweg, Herr König.“ erwiderte Rika, „wenn Sie nicht durch unser hässliches Mahl genirt werden, so bleiben Sie nur ohne Appetit. Doch unseres köstlichen Appetit werden wir Sie nicht mittheilen.“

„Ich würde Ihnen auch lieber im Regen liegen, Rika.“ sagte Knacht. „Heutiges erregt der Duft Ihrer Suppe meinen Appetit; wie wäre es, wenn ich mich für heute Abend an Ihrem Tisch zu Gast hätte?“

„Wenn Sie sich an unserem köstlichen Abendessen geirren lassen würden, sollte es auch eine Ehe sein.“

„Es war schon längst mein Wunsch, den Geschmack einer weltlichen Zornstübe zu erproben.“

Vorig hatte sie den Tisch im Wohnzimmer gedeckt; der Gast bekam einen Porzellansteller, während die Anderen aus blanken Zinnstücken aßen. Rika machte ihren Fremden mit ihrer Mutter bekannt. Er wunderte sich über die Bildung der einfachen Frau und unterhielt sich mit ihr über allerlei Sachen, die außer dem Gesichtskreis einer Bauernfrau lagen, denen sie aber völlig gewohnt war. Er fand bald, daß sie ihre Umgebung an Belletristik und Bildung übertraf und daß die Tochter ungewöhnlich von der Mutter Vieles gelernt und angenommen habe. Rika lachte dem Gespräche der Beiden mit innerlichem Wohlbehagen und einer heimlichen Genugthuung. So bekam doch der Fremde eine bessere Ansicht von ihrer Familie, und nach ihrer Meinung wogte die Mutter die Scharte des Vaters wieder aus. Später spielte der stumme Zuhörer mit in seinem Innern, freute er sich ebenfalls darüber, daß seine Frau dem Fremden so gut Rede und Antwort zu geben wußte. Er besaß keine eigentliche Bildung, wenn es ihm auch an Geschäftigkeitsfähigkeit und einem gewissen trockenen Humor nicht fehlte. Woher sollte er auch Bildung bekommen haben? In seiner Jugend war es mit der Schule mangelhaft bestellt gewesen, und später hatte er niemals Gelegenheit gehabt, das Verfallene nachzuholen. Da ihm kein künftliches Bestreben nur zugewandt Rührung bot, hatte er sich auf den Schaffhandel geworfen und sich nachher Maler erblickt. Er war artig und herzlich

— zwei Fundamente eines gedeihlichen Handels — es war ihm kein Weg zu weit und kein Wetter zu schlecht; wenn irgendwo ein Geschäft zu machen war, er fehlte nicht. Er erzählte gern, wie er vor Jahren mehr als ein Mal die ganze Nacht hindurch gewandert sei, auf einem Gute den Handel abgeschlossen habe und nach kurzer Ruhe mit der gekauften Herde heimgezogen, so daß er erst am folgenden Tage zu Hause angelangt sei. Jetzt war er allerdings zu alt zu solchen Strapazen, er hatte es auch nicht mehr nöthig, da er bereits ein gutes Stück Geld vor sich gebracht. Woher sollte er also Bildung und Schluß bekommen haben? Das schloß jedoch nicht aus, daß sich unter seinem rauhen Äußern ein gutes, weiches Herz verbarg. Frau und Kinder waren ihm Alles, und sie wußten es, ohne daß er es ihnen jemals gesagt hätte.

Grade dieses Herzens wegen hatte ihn auch seine Frau geheirathet. Als eine arme Witwe war sie von einem abgegangenen Offizier, der in Auenburg gelebt, angenommen worden. Derselbe war selbst arm und hielt mit seiner Schwester, einer äußerst gebildeten Dame, Haus. Nach dem Tode der beiden alten Leute hatte sie den jungen Vorkauf, ihren Jugendgespielen, geheirathet und mit ihm, trotzdem sie nach einigen Jahren in Folge eines Nervenfiebers fast völlig gelähmt worden, eine sehr glückliche Ehe geführt, so daß sie diese ihre Verbindung nie zu bereuen gehabt hatte, wenngleich sie die Ueberreizbarkeit der Seelen wohl vermehrte.

(Fortsetzung folgt.)

Daß mit einer solchen Literatur das Befehlsbedürfnis der Beamten und Arbeiter nicht zu befriedigen ist, läßt sich wohl begreifen, aber daß die Eisenbahnangehörigen es nicht für nötig halten, sich über die Wohlfahrtsbestrebungen der Verwaltung zu unterrichten, läßt sich nur daraus erklären, daß die Arbeiter diese Fürsorge bereits zur Genüge kennen.

— Ueber den gegenwärtigen Jammer der deutschen Finanzwelt äußert sich die „Leipz. Volksztg.“ wie folgt:

An den Wassern der Spree und des Mains sitzen sie und weinen, ihre Emissionsharken hängen im Weidicht, und der Wind spielt darin. Durch die Ketten der deutschen Großbankiers, man lese nur die Börsenblätter aller Spielarten, bräust ein Sturm profitlicher Enttäuschung, weil Rußland ihnen ein nahrhaftes Anleihegeschäft, die chinesische Kriegsschadigungsanleihe, vor der Nase fortgeschleppt und ihnen so die Gelegenheit geraubt hat, im Rohre zu sitzen und sich Pfeifen zu schneiden. Die Anleihe wird unter russischer Staatsgarantie in Paris aufgelegt, die Verbündeten von Kronstadt heimsen also des Emissionssegens einen Theil ein. Welcher Schlag für die deutschen Jobber! Die Organe der großen Banken, die berebten Wortführer des Courszettels und der Agiotage empören sich über die unseren Lesern bereits bekannten Vorgänge — es handelt sich um das von der russischen Regierung China zugesagte Darlehen zur Abfindung der Japaner — natürlich nicht im Interesse von Leo Delbrück u. Co, nicht zu Ruß und Frommen der Deutschen Bank, der Discontogesellschaft oder anderer Unternehmungen der Hochfinanz! Weileibe nicht! Das Vaterland ist in Gefahr, weil der Riesengewinn der exotischen Anleihe den beschnittenen und getauften Hebräern der Großbanken verloren geht, und die Nationalelehre, dies heilige Ding, das die Staatserhaltenden so trefflich schützen, leidet unter dem Einfluß neuausfall der Reichsrenten und Contoforten. Rußlands asiatische Politik bahnt sich mit zwingender Folgerichtigkeit die Straße nach Indien, um die Vorherrschaft vom Kaukasus bis zum Gelben Meer und von Sibirien bis zum Hindufuß zu erringen, Rußland sichert sich die Straße für seine sibirische Bahn durch die Mandchurie, es wird als Gläubiger Chinas Schutzherr über den Norden Chinas. Die deutschen Finanzmänner aber haben das Nachsehen. Und darum Räuber und Mörder!

— Kleine Hilfsmittel für die „nothleidenden“ Agrarier. Der Entwurf über die Errichtung einer staatlichen Creditanstalt für Genossenschaften, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Sie soll den Namen Preussische Creditgenossenschaftskasse zur Förderung des genossenschaftlichen Personalscredits führen und vom Staate als Betriebscapital eine Einlage von fünf Millionen Mark in dreiprocentigen Schuldverschreibungen nach dem Nennwerthe erhalten. So wird der Junkercredit gefördert.

— Der Christlich-socialen Parteitag, der am 6. Juni auf der Wartburg getagt hat, — an ihm hat Herr Raumann nicht theilgenommen — beschloß wie folgt: „Die Christlich-socialen Partei sieht sich als eine selbstständige Gruppe der conservativen Partei an und zieht sich in Folge der Ereignisse der letzten Zeit von den Freunden, welche sich um die „Hilfe“ (das Organ Raumann's und seiner Freunde) gruppieren, getrennt zu marschieren.“ Ist das Tischuch nun zer schnitten? Ueber das neue Programm der Partei, dessen Länge im umgekehrten Verhältnisse zu der Bedeutung der Partei steht, später einiges!

— Aus dem Reiche des Herrn Stephan. Durch eine vor einigen Tagen ergangene Verfügung der Berliner Oberpostdirection wird den etatsmäßig angestellten Postunterbeamten in jedem Sommer ein sieben-tägiger Erholungsurlaub zugestanden. Bis jetzt wurde ein Urlaub zur Erholung nur in besonders dringenden Fällen erteilt. Also wieder einen Schritt vorwärts sind die Herren v. Stephan und Fischer getrieben, getrieben durch den von der Socialdemokratie seit langem und besonders in der 67. Reichstagsitzung d. J. ausgeübten Druck.

— Gnade vor den Augen des Regierungspräsidenten haben die südwestdeutschen Freisinnigen gefunden, denen durch das königliche Bezirksamt in Remstadt a. d. Saar verboten war, an den gelegentlich des dortigen Parteitages stattfindenden Schmausereien „Frauenspersonen“ theilnehmen zu lassen. Frauen zu den Verhandlungen selbst heranzuziehen, fällt ja dem Freisinn so wie so nicht ein. Der Regierungspräsident v. Speyer hat das Verbot des Bezirksamts zurückge wiesen. Und freudig haben die Frauen mit den Männern zwar nicht rathen und thaten, aber doch — essen und trinken dürfen.

— Dem idyllischen Stillleben eines Amtshauptmanns soll durch eine an das Herrenhaus gebrachte

Vorlage ein Ende bereitet werden. Der Gesetzentwurf bezweckt die Aufhebung des Amtsgerichts auf der Insel Pellworm. Vor demselben sind jährlich höchstens 4, im Jahre 1891 gar keine Schöffengerichtssitzung abgehalten und im Ganzen während 9 Jahren 4 Privatklagen sowie 12 Anklagen wegen Vergehen zur Verhandlung gekommen. Die Concursordnung ist noch garnicht zur Anwendung gekommen. Auch die Grundbuchsachen und Vormundschafssachen bleiben bei dem nur 2390 Seelen zählenden Gutbezirk hinter der Durchschnittszahl eines normal beschäftigten Gerichts sehr weit zurück. Das gesammte Arbeitspensum nimmt den Richter selbst in den beschäftigten Zeiten wöchentl. nur wenige Stunden in Anspruch.

— Zur österreichischen Wahlreform nehmen die einzelnen Parteien nun Stellung. Die Liberalen erklärten, in die Specialdebatte eingehen zu wollen, stellten aber solche Abänderungsanträge in Aussicht, daß von dem Entwurfe kein einziger Paragraph bleiben könnte. Besonders nahmen die Liberalen Stellung gegen die Zweitheilung der neuen Curie. Natürlich schieben sie die Rücksicht auf die Arbeiter vor, in Wirklichkeit wollen sie, daß Arbeiter und Kleinbürger zusammen wählen, damit Socialdemokraten und Antisemiten, die bei der Wahl herauskämen, einander das Gleichgewicht halten, während nach dem heutigen Entwurf die 34 Mandate der Untercurie der Unterfünftguldenträger zum größten Theile den Antisemiten und Klerikalen ausfallen würden. — Das entgegengesetzte Interesse haben natürlich die Klerikalen, die zudem die Ausdehnung der socialdemokratischen Wahlagitation auf die kleinsten Steuerträger wie das Feuer fürchten. So ist es sehr wahrscheinlich, daß der Antrag des Subcommittees als todgeboren zu betrachten ist, obwohl natürlich bei der bewährten Feigheit der Liberalen ein Umfallen nie ausgeschlossen erscheint. Bemerkenswerth ist, daß immer mehr auch bei den Liberalen der Plan der Deutsch-nationalen Anklang findet, an die bestehenden Curien, die den „Bestand“ der herrschenden Parteien verbürgen, eine neue Curie anzufügen, für die das neue allgemeine Wahlrecht gelten soll. — Der Polenclub sagte gestern nach mehrstündiger Beratung der Wahlreform nachfolgenden Beschluß: „Der Polenclub ermächtigt seine Mitglieder des Wahlforschungsausschusses, für das Eingehen in die Specialdebatte über das Project des Subcommittees zu stimmen, anerkennt jedoch die Nothwendigkeit gewisser Abänderungen, in erster Reihe namentlich solcher, welche geeignet sind, die mit der autonomen Selbstständigkeit der einzelnen Kronländer nicht vereinbarlichen Bestimmungen zu beseitigen.“

— In der Debatte erklärte der Abgeordnete Lewatowski, seine Wähler befragen zu wollen, ob er aus dem Polenclub austreten solle, um „nicht die höchsten moralischen und materiellen Güter des Landes und die höchsten Güter des polnischen Volkes preisgeben zu müssen. (Das, scheint es, thut der Polenclub.) Für das Project trat sein Verfasser, Herr Rutowski, ein, wogegen sämtliche anderen Redner seine Mangelhaftigkeit bekämpften. In der Debatte kam es zu einem, für den Terrorismus des Polenclubs höchst bezeichnenden Vorfall. Obmann Ritter v. Zaleski griff den Abgeordneten Gniwoski in brutalster Weise an, weil Gniwoski einen Artikel in der „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht hatte, ohne den Polenclub um Erlaubniß zu befragen. Der 73jährige Mann erklärte erregt, daß er doch nicht unter Curatel stehe und vorziehen werde, aus dem Polenclub auszutreten.

In England tagt seit langem ein parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung der finanziellen Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland. Allgemein beachtenswerth sind die Aufschlüsse, die der Parlamentsabgeordnete von West-Islington (London), Lough, dem Ausschuß gab. Die Bevölkerung Irlands hat seit 100 Jahren nicht zugenommen. Die Steuern aber sind von 2,000,000 Lfr. auf 11,000,000 Lfr. gestiegen. In England ist die Bevölkerung seit 100 Jahren um mehr als das Dreifache gewachsen. Der Wohlstand Irlands hat nicht zugenommen, der Englands ist acht Mal größer geworden. In Irland sind die Steuern, für den Kopf der Bevölkerung berechnet, 600 vom Hundert höher, in Großbritannien sind die Steuern niedriger geworden.

In der Türkei stürzte in Folge der Vermittlung der Pforte mit England der Großvezier. Der bisherige Großvezier Djewad Pascha wurde durch Said Pascha ersetzt, welcher bereits vom December 1892 bis zum Herbst 1895 Großvezier gewesen war. Zugleich wurde an Stelle des zum Großvezier ernannten bisherigen Ministers des Auswärtigen, Said Pascha, der bisher türkische Botschafter in Rom und Marabid Dardani Pascha zum Minister des Auswärtigen ernannt. Djewad

Pascha war ein farblosler Politiker, welcher, lediglich den Befehlen des Sultans folgend, behutsam und vor sichtig zwischen den sich durchkreuzenden Einflüssen lavirte. Said Pascha, der im Herbst 1885 durch englischen Einfluß das Großvezierat verlor, gilt als ein Mann entschiedener Reformen im Innern, auf welche er sein Hauptaugenmerk gerichtet und die er auch unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen verstanden hat. Dadurch, daß Said Pascha die besondere Gunst des Sultans genießt, war es ihm möglich, im modernen Sinne Verbesserungen auf verschiedenen Gebieten, besonders auf dem der Justiz, durchzuführen. Said Pascha steht in der Mitte der fünfziger Jahre. Er hat eine ausgezeichnete Bildung genossen. Wenngleich er nicht Gelegenheit hatte, sich im Auslande Erfahrungen und Kenntnisse in europäischem Style anzueignen, so sieht er doch mit seinem ganzen Denken und Fühlen auf modernem, aufgeklärtem Standpunkte. Zu weiteren inneren Reformen dürfte Said Pascha bei den gespannten Beziehungen zu den genannten Mächten vor der Hand nur wenig Muße übrig haben. Es wird sich bald zeigen, ob die Bestrebungen Englands nunmehr raschere Förderung finden.

### Parteiangelegenheiten.

Bei der Gemeinderathswahl in Sonneberg i. Th. wurde nach mehrjähriger Pause wieder ein Socialdemokrat, und zwar der Parteigenosse Wehder, gewählt. Er bekam 330 Stimmen. Die drei anderen Candidaten unserer Partei blieben mit 193, 220 und 255 Stimmen in der Minorität gegenüber den bürgerlichen, die 340 bis 379 Stimmen auf sich vereinigten.

Der Stuttgarter Viederkeranz beharrt nun doch auf seinem früheren Beschluß, der Socialdemokratie die Localitäten der Viederhalle zur Benutzung zu verweigern, trotzdem der Ober-Bürgermeister sich eifrig bemüht hat, zu vermitteln. Die Stuttgarter Arbeiter werden deshalb im Laufe dieser Woche in einer Volksversammlung über weiter zu ergreifende Maßnahmen gegen die Viederhallen-Gesellschaft berathschlagt.

### Arbeiterbewegung.

Der Wagnerstreik in Nürnberg ist noch nicht beendet, wie gegnerische Blätter melden, sondern es hat erst die Hälfte der Meister die Arbeiterforderungen bewilligt. Der Zuzug ist also nach wie vor fernzuhalten. Ebenso von Dachdecken nach Mainz. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß der Streik zu Ende sei, war gleichfalls falsch. Es sind nur Verhandlungen eingeleitet, die hoffentlich günstig verlaufen, aber noch nicht zum Abschluß gekommen sind. In Fürth streiken, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, 150 Arbeiter und 150 Arbeiterinnen des Compositions- und Schlagmetall-Gewerkes. Sie verlangen Erhöhung des Lohnes.

In Fürth haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zeitmetallschlägereien die Arbeit eingestellt, um auf diese Weise eine Erhöhung ihres mageren Einkommens zu erreichen.

Die Metallschläger Wiens haben ihre Forderungen in allen bis auf drei Werkstätten — die von Langhammer, Piffschaf und Reichsam — durchgesetzt, ohne daß in den übrigen Werkstätten ein Streik nötig gewesen wäre. Die Arbeiter der drei genannten Geschäfte haben die Arbeit niedergelegt, weshalb um Vermeidung des Zuzugs ersucht wird.

Wagnerstreik-Beitrag werden ersucht, von der Pelzwarenfabrik von Georg Szuchanek in Wien kein Engagement anzunehmen, da dort das ganze Personal wegen des Auftretens des Werkführers gekündigt hat.

Ueber den Leipziger Maurerstreik, zu dessen vollständigem Siege nach wie vor strengste Vermeidung des Zuzuges nötig ist, wird berichtet, daß wieder 57 Maurer den Stundenlohn von 45 Pf. bewilligt bekommen haben und somit rund 660 Mann zu der neuen Bedingung arbeiten. Um die Erlangung des Sieges zu erleichtern, sind aufs neue 65 Ausständige abgereist, während durch Niederlegung der Arbeit in dem Vorort Pausdorf 14 Mann zur Zahl der in Leipzig und Umgegend gebliebenen Streikenden hinzukamen. Am Montag wollten die Mitglieder des sogenannten „Arbeitergebet“-Bundes alle Baupläge schließen, wenn die Streikenden nicht die Bedingung: 42 Pf. Minimal-, 45 Pf. Maximallohn, annehmen würden. Ob die Unternehmer, nachdem die Streikenden am Sonntag das Festhalten am 45 Pf. Stundenlohn beschlossen, ihren Beschluß ausgeführt haben oder nicht, darüber ist uns zur Stunde noch nichts bekannt. Heute Vormittag halten die ausständigen Maurer wieder eine Versammlung im Pflanzhof ab.

Aus Drüffel wird gemeldet, daß am Sonntag zwei große Versammlungen der Ziegelarbeiter den allgemeinen Streik erklärt hätten.

### Sociale Aeberrath.

Der preussische Volksschulrecher, der einem gefügigen Wort zufolge die Schlicht bei Adnigratz entließ, hat außer diesem zweifelhaften Ruhm — zeit sehr wenig zu bezwecken; die Bildung unserer Jugend wird in vielen Fällen so schlecht gestellt, daß sie ohne Nebenberuf nicht auskommen können. Welcher Art diese Nebenbeschäftigung manchmal ist, plauderte jüngst ein Lehrer, der auf dem Dorfe angestellt ist, in humorvoller Weise in der „Deutschen Lehrerzeitung“ aus. „Nächst hat ihm ein Fabrikant den propositionenreichen Verkauf von Segen an; jetzt sind im Wiederum Ankaufen gemacht, in — abgeben und in — übergeben zu arbeiten.“ In dem Product wird hervorgehoben, daß eine ganze Reihe von Lehrern sich durch den Verkauf von Segen und ähnlicher Artikel Nebenberuf beschaffen. Der Beruf des Lehrers wird zweifellos nicht gelitten, wenn er nebenbei

als Agent für alles mögliche fungirt. Daß lediglich die Notlage die Lehrer dazu veranlaßt, erhebt man daraus, daß sie, da die Nebenbeschäftigung dieser Art unterlagert ist, es dabei sogar auf Verweis und Strafen durch ihre vorgesetzten Behörden ankommen lassen.

Selbst bei Herstellung von Dingen, die von regierenden Fürsten benutzt werden, läßt das Unternehmertum nicht von seiner Art, seine Sucht nach Gewinn in erster Linie zu berücksichtigen. Das „Volkblatt“ in Harburg theilt dazu Folgendes mit: Während für die Feier zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals vom Reiche und den verschiedenen Städten insgesamt 4-5 Millionen Mark bewilligt sind, treiben einige der mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigten Meister die Ausbeutung nach allen Regeln der Kunst. So waren zum Bau des königlichen Festzeltes in Holtkna 30 Zimmerleute von hier und Hamburg engagirt, die, da die Arbeit fast beendet war, am Sonnabend vor Pfingsten aufhören wollten, um das Pfingstfest im Kreise ihrer Familien zu verbringen. Statt nun die Leute bis zum Abend zu beschäftigen, ließ der Unternehmer sie schon am Mittag gehen. Warum? Weil am Sonnabend Abend 1 1/2 Stunden früher Feierabend gemacht wird und der Unternehmer trotzdem für einen halben Tag zu bezahlen hat. Solche Kleinlichkeit bei einer Gelegenheit, bei der das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen wird, erregt böses Blut und verschärft das Gefühl für die ungeheure Klust, die die ganze Cultur-anscheinlichkeit in zwei feindliche Lager theilt.

Ueber den Fortschritt der Frauenstimmrechts-Bestrebungen in Amerika orientirt die „Correspondenz für die Frauenbewegung“ durch folgende Angaben: Mit einer Stimmentmehrheit von 80 gegen 31 hat die Versammlung des Staates New-York die Bill über das Frauenstimmrecht der Abstammung des Volkes überwiesen; in Californien hat die Bill beide Kammern beschäftigt, um dann mit der Unterschrift des Gouverneurs der Entscheidung des Volkes unterbreitet zu werden. Gleiches gilt vom Staate Nevada, auch der Staat Utah wird voraussichtlich die Frage der Befreiung der Frau durch das Volk entscheiden lassen. In Maine hat das Unterhaus den Frauen mit starker Majorität das Stimmrecht in der Gemeinde zugesprochen. Wo, wie in Nova Scotia, das Gesetz nicht durchging, war die Minorität sehr ermutigend, ebenso in Massachusetts und New-Hampshire. In anderen Staaten, wie in Connecticut und Arizona, schiebt die Entscheidung noch. Seit Beginn der Bewegung ist die Frage noch nie an so viele gesetzgebende Körperschaften herangeritten, wie diesen Winter.

Gerichtliches.

Der Herr Pastor als Betrüger. Aus Hensburg wird berichtet: In der geistigen Strafkammer-Sitzung wurde zum zweiten Male verhandelt in der Untersuchungs-Sache gegen den Pastor Jörgen Jürgensen aus Nohl wegen Betruges. Wie wir schon früher berichtet haben, wird dem Pastor Jürgensen zur Last gelegt, daß er, um seinem Schwiegervater, dem Tischler Dreßen, eine Altersrente aus der Alters-Versorgungs- und Invaliditätskassa zu verschaffen, die unwahre Angabe gemacht hat, derselbe habe in den Jahren 1888-1891 bei ihm als Arbeiter und Hausknecht gegen einen Tagelohn von 60 Pfg. gearbeitet. Auf Grund des von dem Pastor Jürgensen ausgefertigten Arbeitscheines hat der alte 76-jährige Dreßen eine Altersrente von 105 Mark bis zu seinem am 1. März 1893 erfolgten Tode bezogen. Der Schwiegervater Dreßen hat von den drei Jahren, die er bei ihm als Hausknecht und Arbeiter gewesen sein soll, 15 Monate in Hadersleben als Tischler gearbeitet. Die Staats-anwaltschaft nimmt daher an, daß der Arbeitschein offensichtlich falsch ausgefertigt und beantragt unter Zuhilfenahme mildernden Umstände eine Geldstrafe von 300 Mark eventuell 30 Tagen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Steinhilber plaidirt für Freisprechung. Das Gericht ist der Ansicht, daß der Angeklagte sich des Betruges schuldig gemacht hat, weil D. während eines längeren Zeitraumes als selbstständiger Tischler in Hadersleben gearbeitet und nicht in einem festen Arbeitsverhältnisse zu ihm gehandelt habe. Es ist dem Angeklagten von vornherein darum zu thun gewesen, eine wahrheitswidrige Darstellung des Arbeitsverhältnisses seines Schwiegervaters zu ihm zu geben, um die Altersrente zu erlangen, er hat dadurch sich einen Vermögensvortheil verschafft, weil er sonst seinen Schwiegervater hätte unterstützen müssen. Die Stellung des Angeklagten als evangelischer Prediger wird erschwerend, es werden daher dem Angeklagten keine mildernden Umstände bewilligt, sondern auf eine Gefängnisstrafe von acht Tagen erkannt. — Zur Charakteristik der Handlungsweise des Herrn Pastor Jürgensen sei hinzugefügt, daß derselbe ein sehr unständiges Gewissen hat.

Heinrich Pudor's Werte vor Gericht. Im Braunschweiger Schöffengericht gab es kürzlich in einer anwesenden Sitzung einen höchst seltsamen literarischen Gemisch, nämlich die Verlesung einer Klagenliste von Citaten aus Heinrich Pudor's Schriften in Zusammenhang mit der Erkennung, ob Herr Pudor wirklich geisteskrank sei oder ob er sich nur nützlich gebehe, um das Publikum für sich und seine Schriften zu interessieren. Das war so jugendlich: In der Nummer 513 der „Fr. Wk.-Ztg.“ hatte Dr. E. Sierke Heinrich Pudor's neuestes Werk „Kirtara“ in schimpflicher Weise kritirt und nach Aufzählung einer Menge verurtheilter Paragrafen, Phrasereien und Ruhmesdichter, welche sich in „Kirtara“ finden, seiner Uebersetzung dahin Ausdruck gegeben, daß der Verfasser dieses Buches, der schon im Beginn seines Stübenjahres als unverschämter Komiker in Schimpf und Räueri so viel zur Erheiterung seiner Zuhörer beigetragen, so welcher bis dahin als schrulliger Sonderling galt, nun vollends nützlich geworden sei. Diese Kritik hatte Herr Pudor — ehemals Dr. Heinrich Pudor, dann, nachdem er den Doctorhut als seiner nicht würdig empfand, verwarf er und abgelegt, Heinrich Schumacher annehmend und heute wieder seinen eigenen Namen benutzend — Benennung zur Erhebung einer Beleidigungsklage gegeben. Herr Pudor in München und Dr. Sierke in Berlin, liegen sich durch Rechtsanwältin vernehmen. Der Vertreter des Klägers gelangt zu, daß die Schriften seines Klienten ja hauptsächlich sehr überhöhet seien. Die Thatsache konnte wohl der Kritik unterliegen, nicht aber durfte sie die Gerichte so weit überheben, daß die Persönlichkeit des Klägers lächerlich ge-

macht und bloßgestellt wurde. Es rechtfertigt sich dafür Bestrafung wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse. Der Vertreter des Beklagten bestritt, daß letzterer die Kritik in beleidigender Absicht geschrieben; scharf sei sie ja und zwar mit Fug und Recht, denn Schriften wie die Pudor'schen, bei denen man nur darüber in Zweifel sein könne, ob ihr Verfasser wirklich nützlich sei oder ob er sich nur nützlich gebehe in der Absicht, dadurch Aufsehen zu erregen, verdienten vollstündig eine schonungslose Kritik. Der Verteidiger bittet ferner gerichtsseitig zu prüfen, ob der Kläger nicht geisteskrank und deshalb handlungsunfähig sei, und beantragt eventuell aus letzterem Grunde eine Entscheidung auf Einstellung des Verfahrens. Zum Erweise, daß augenscheinlich Pudor's Leistungen und seine Art, sich zu geben, nicht den Anforderungen entsprechen, die man an einen normalen Menschen stelle, beantragt der Verteidiger die Verlesung einer Blüthenlese aus den bei den Acten befindlichen Werken Pudor's „Einer-Ausstellung“, „Nachtlänge“, „Muttermilch“, „Jungbrunnen“, „Nadende Menschen“ und aus „Kirtara“. In allen diesen Werken, von denen übrigens einige wegen unästhetischen Inhalts beschlagnahmt wurden, so z. B. die „Allen Sänglingen gewidmeten“, „Nadende Menschen“ empfiehlt Herr Pudor die Rückkehr zu einer einfacheren Lebensweise, allerdings auf eine eigene Art, er meint, das Essen verunreinige den Leib des Menschen, er müsse sich gewöhnen, sich im Sommer mit Luft und Thau und höchstens einem Apfel zu begnügen, im Winter thue schon ein Biß in den Schnee gute Dienste; er fordert allen Ernstes, daß alle Menschen nackt gehen müßten, damit die häßliche weiße Hautfarbe der Europäer, die in seinen Augen Leiden- oder Kellerfarbe ist, dem naturgemäßen und viel schöneren Rothbraun der Haut weiche; er verlangt Ausschüttung der Fachkünstler und Kunstmalers und er verweigert allen Ernstes, daß er durch eigene Methode, nämlich durch Berührung der Leiber mit Erde und Moor, Todte wieder lebendig machen könne. Köstlich sind die zornigen Auslassungen des Herrn Pudor über die böse Menschheit, die nicht an ihn, „Heinrich den Ewigen, das Kind der Unendlichkeit“ (so nennt er sich selbst in „Kirtara“), glauben will. Vielleicht noch stärker als das Jorneßgefühl kommt in Pudor's Schriften sein Kraft- und Selbstbewußtsein zum Ausdruck. Daß die Vorlesungen aus Pudor's Schriften unbillbare Heiterkeit im Gerichtssaale hervorriefen, braucht wohl kaum betont zu werden. Das Urtheil des Gerichts gab dem Reformator der Menschheit die Genugthuung, daß der böse Kritiker für die auf die Verlon des Dichters zugeschnittene Recension mit 15 Mark Strafe belegt wurde. Das Gericht war dabei von der Ansicht ausgegangen, daß die literarische Production Pudor's ja eine ganz seltsame sei, daß dieser Umstand aber allein noch keinen Rechtsgrund abgibt, Geistesgesundheit ihres Verfassers anzunehmen. Nach Lage der Dinge habe die Strafe allerdings sehr niedrig bemessen werden müssen.

Ein Wahlprozeß von achtjähriger Dauer ist jetzt glücklich beendet, — natürlich im geliebten Reichslande Elsaß-Lothringen. Der Prozeß war eine Frucht der Septennats-Wahlen des Jahres 1887. Damals hatte der Reichstags-Candidat Fabrikant Salame aus Pfaltz an die Wähler des Kreises Mühlhausen einen Wahlaufruf gerichtet, welcher der Behörde für eine gerichtliche Behandlung nicht ungeeignet erschien. Außer dem Verfasser holte sie sich auch noch zwei Redactoren, den vom Mühlhauer „Eupreß“ und den vom „Lageblatt“, welche den Wahlaufruf in ihren Blättern abgedruckt hatten. So kamen sie denn zu drei Geistesgenossen ein sein Collegium. Als aber die Stunde gekommen — nicht des Juchens und der Lust, sondern vielmehr der gerichtlichen Verhandlung, da schickte von den dreien der eine, und zwar der wichtigste, Dr. Salame, Gestorben war er zwar nicht im Gegenstand, er war deutscher Reichstags-Abgeordneter gewesen, aber seinen Wohnsitz hatte er nach Paris verlegt. Obgleich ihm seine von den beiden Anderen abgegriffen war, umbehalte des Gericht doch nicht über sie ab, sondern vernagte die Geistesgenossen und erstieg einen Verfassersbevollmächtigten Bruder her, der dieser aber nicht vernagte, aus seinem Pariser Zubeigemach an die Mühlhauerer Staatsanwaltschaft zu weisen. Nach einigen Jahren dauerte das Gericht: Das soll aus der Sache noch werden, wenn Niemand mehr kommen will? und beauftragte einen neuen Verhandlungstermin an, um der Verjährung nachzugehen. Aber der tolle Bruder hinter in Paris lebte dazu und war noch und frei, denn des Prozeßes Glend und Sorgen, die gingen an ihn vorbei. Und so wurde die Sache ebenfalls auf unbestimmte Zeit verlegt. Dann aber hat das Gericht endlich angenommen: den Kriegern wir nunmehr! So wurde denn endlich abdrücklich die Aufhebung eines weitzten Termins anzuordnen und die Sache als verjährt erklärt. Die Anklage lag man stellen, und die Kosten bezahlte die Staatskassa. Dem beiden Geistesgenossen in Mühlhausen wurde das über Tage mitgeteilt, aber sie ließen sich nicht weiter kümmern und sind, denn es ist ihnen ganz ungenügend, daß ihr Einprozeß, der achtjährige treue Begleiter auf ihrer Lebensreise, so nun einzeln und allein gelassen hat. Aber wenn man dann heute zum Wein im Kreise eine helle Stunde hält, so bleibt ihnen doch ein Trost, denn auch der Verfassersbevollmächtigter gegen den Pariser Geistesgenossen ist aufgehoben; er darf nichtbestimmen. Und sitzen sie denn auch dem Wahl, dann werden sieher auf den verurtheilten Prozeß die Gläser beim längeren Fiducit, froh haben Bruder! Der trinkt keine Dose mehr!

Statistisches.

Steigende Verwendung der Frauenarbeit. Nach den Berichten der heutigen Fabrikinspectoren für 1895 wuchs in der deutschen Textilindustrie nicht weniger als 305,175 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 283,017 im Jahre 1892. Wenn proß Monate ist mithin die Zahl der Textilarbeiterinnen um 22,158, also um etwa acht Prozent, gewachsen. Und dies in einer Zeit, in der man bezüglich der Textilindustrie von Geschäftsnotungen, Inventuren, Verjüngung des Betriebes u. ganz hört. Die capitalistische Wirtschaftsweise behält einen wahren Fortschritt nach weiblichen Arbeiterinnen, deren Aus-

beutung profitabler ist, als die der theuren und „widerpenstigen“ Männer.

Das Gesamtvermögen der römisch-katholischen Kirche in Oesterreich beträgt, wie wir der österreichischen Parteipresse entnehmen, nach den neuesten Steuerausweisen rund 295,500,000 Gulden; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Grundbesitz mit 122 Millionen Gulden nur zu höchstens 28 pCt. des wirklichen Wertes angegeben worden ist, also viel zu niedrig eingeschätzt wurde. Böhmen hat mit 46,500,000 Gulden das größte Kirchenvermögen, dann folgt Niederösterreich mit fast 16,500,000 Gulden. Katholische Kirchen und Kapellen hat Oesterreich 10,834, davon sind 3726 in Böhmen, 1507 in Tirol und 1134 in Niederösterreich. Man sieht, die römisch-katholische Kirche ist trotz der gewaltigen finanziellen Aberlässe, die an ihr im Laufe der Jahrhunderte auch in Oesterreich von den politischen Gewalthabern vorzunehmen wurden, immer noch reich genug und sie häuft fortgesetzt Schatz auf Schatz auf, während sie den Gläubigen Armuth und Bedürfnislosigkeit predigt.

Internationaler Bergarbeiter-Congress

Paris, 7. Juni. Vierter Verhandlungstag. Die Frage des Achtstundentages hat nebst einem Beschlusse des dritten fast den ganzen vierten Verhandlungstag in Anspruch genommen, dessen Präsident Genosse Bunte war. Wie auf allen früheren Congressen waren es auch diesmal wieder die Delegirten der Grubenarbeiter von Durham und Northumberland, die sich wie der erste beste Yves gegen jede gesetzliche Arbeitszeit ausgesprochen haben. Sie sind eben in der glücklichen Lage, einen 7 1/2 stündigen Arbeitstag zu haben und erklären sich darum gegen jede Staatsintervention. Ihnen zufolge ist die Selbsthilfe das probate Mittel. Dabei vergessen sie aber regelmäßig anzugeben, während sie bloß 7 1/2 Stunden arbeiten, die mit ihnen beschäftigten Jungen einen Arbeitstag von 9 und 10 Stunden haben, was ihnen indeß diesmal ziemlich scharf vorgehalten wurde. Wie bei allen Anpreisern der Selbsthilfe liegt an ihrem Vorgehen ein gutes Stück Eigennutz zu Grunde. Sie fürchten nämlich, daß, wenn das Gesetz einen achtstündigen Arbeitstag vorschreibt, sie um eine halbe Stunde länger arbeiten hätten.

In der Hoffnung, ihnen diese Furcht zu benehmen, erklärte Bally, der als erster das Wort zu dem Punkte Tagesordnung erhielt, daß der gesetzliche Achtstundentag nicht bedeute, daß acht Stunden gearbeitet werden müsse, sondern nur, daß nicht mehr als acht Stunden gearbeitet werden dürfe, daß somit der Arbeitstag im Maximum acht Stunden zu betragen habe. In diesem Sinne habe er auch in seiner in der Kammer eingebrachten diesbezüglichen Gesetzentwurf ausgesprochen, daß die tägliche Arbeitsdauer, Ein- und Ausfahrt inbegriffen, nicht acht Stunden „übersteigen“ dürfe. Bei dieser Gelegenheit weist er gleich nach, daß der von Miners' Federation vorgelegte Antrag mit dem französischen insofern übereinstimmt, als beide den gesetzlichen Achtstundentag, Ein- und Ausfahrt inbegriffen, für alle unter Tage beschäftigten Bergarbeiter verlangen, nur daß der französische Antrag die über Tage beschäftigten Arbeiter mit einschließt und er bittet, für denselben als einen Zusatzantrag zu nehmen, um ihn mit desto größerem Nachdruck in der Kammer vertheidigen zu können.

Abraham's unterstützt diesen Antrag. Wenn ich nicht irre, ist dies der erste Bergarbeiter-Congress, wo ein englischer Delegirter dafür eintritt, daß der Achtstundentag eben so für die über Tage wie unter Tage beschäftigten Arbeiter gelten soll. Und es hat in diesem Falle um so mehr Bedeutung, als der Delegirte der Grubenarbeiter von Südwestengland Mitglied des englischen Parlamentes ist. Er sagte Abraham's, die Einbeziehung der über Tage beschäftigten Arbeiter für um so notwendiger, als immer mehr Grubenarbeiter dem Bergbau zufließen, die zuerst über Tage arbeiten beginnen, um dann allmählich, wenn sie einige Kenntnisse von der Bergarbeit haben, in die Grube zu steigen, wo dann nichts dagegen haben, ebenso lange wie über Tage arbeiten und so den eigentlichen Grubenarbeitern Concurrenz machen. Durch einen gesetzlichen Achtstundentag auch für über Tage beschäftigten Arbeiter würde diese Concurrenz bedeutend geschwächt werden.

Corney, Delegirter von Yorkshire, sagt, daß alle Bedingungen dafür seien, daß den Grubenarbeitern der Achtstundentag gegeben werde und hält es für geboten, von allen lameniscandidaten zu verlangen, daß sie den Achtstundentag in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Man würde dann im nächsten Parlament eine Masse von sowohl liberalen als conservativen Mitgliedern finden, die dafür eintreten würden. Nur meint er, daß die Ausdehnung des Achtstundentages auf die Arbeiter über Tage, das ganze Gesetz in Frage würde, und er will darum, wenn er nicht das ganze Schicksal haben kann, wenigstens die Vorsten haben.

Bailey (Nottingham) wendet sich besonders gegen die Delegirten von Durham und Northumberland. Wenn man dem gewerkschaftlichen Organisations viel leichter den Achtstundentag zu verwirklichen und die Miners' League so stark ist, wie kommt es dann, fragt er, daß die Achtstundentag nicht für die jungen Leute errungen hat, die dort 9 und 10 Stunden arbeiten. Sei aber für die erwachsenen ein Achtstundentag anzustreben, so noch mehr (Fortsetzung in der Beilage.)

Verantwortlicher Redacteur: E. Neufeld; — Nr. 1, Neue Gravenstraße 5.6; — für den Inserattheil: E. J. Expedition: Neue Gravenstraße 5.6; — Verlag: E. Schütz & Co.; — Druck von Th. Schatzky; — sämtlich in Breslau.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

die jungen Leute, und er finde es sonderbar, daß, während selbst Grubenbesitzer im Parlament für den Achtstundentag stimmten — Redner citirt deren zwei — es Vertreter von Grubenarbeitern giebt, die dagegen gestimmt haben.

Boyle (Northumberland) und House (Durham) sprechen gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit und gebrauchen dabei dieselben unzutreffenden Beweise, deren sich ihre Kollegen H. Young und John Johnson bereits auf dem Berliner Congreß bedient hatten. Wenn die Arbeiter, sagte dabei House, nur die Hälfte von dem für die gewerkschaftliche Entwicklung verwendet hätten, was sie in politischen Kämpfen vergeudet haben, dann hätten sie den Achtstundentag schon längst erlangt.

Genosse Horn, der Namens der deutschen Delegation sprach, ist in einer sehr wirksamen, besonders von den Franzosen und Belgiern mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede mit den Gegnern des gesetzlichen Achtstundentages sehr scharf ins Gericht gegangen, die ihm gleich den Pfaffen vorzuziehen, die heimlich Wein trinken und öffentlich Wasser predigen. Es sei ihm die Zornesröthe ins Gesicht gestiegen, als er die Argumente hörte, die gegen den gesetzlichen Achtstundentag ins Feld geführt wurden. Er finde es unmenlich, während man selbst bloß 7½ Stunden arbeite, die Jungen 9 und 10 Stunden arbeiten zu lassen. Er hoffe indes, daß sie sich noch eines bessern Bestimmen werden und den bisher eingenommenen Standpunkt abgeben, weil sie sonst für gefährlicher gehalten werden müßten als die offenen Gegner, da sie als Vertreter von Arbeitern in Wirklichkeit nur dem Ausbeutertum Vorpanndienste leisteten. Sie würden nur allzusehr Wölfe in Schafspelzen gleichen. Er weist sodann nach, daß, wenn die deutschen Bergarbeiter nicht aus Solidaritätsgefühl, das sie mit den Arbeitern aller Länder verbindet, für den gesetzlichen Achtstundentag für alle innerhalb und außerhalb der Gruben beschäftigten Arbeiter einträten, sie dies schon im eigenen Interesse thun müßten, da bei ihnen in Deutschland eine der Arbeitermaßregelungen darin bestehe, die Untertagarbeiter zur Uebertagarbeit zu stellen. Ferner dürfe man nicht vergessen, in welcher Stellung sich die Gewerkschaften den Behörden gegenüber befinden und wie sehr sie allen möglichen Verfolgungen ausgesetzt sind. So sei erst jüngst in Sachsen eine Grubengesellschaft behördlich aufgelöst und deren Kasse mit Beschlagnahme belegt worden. Und da lehre man sich gegen die politische Thätigkeit der Arbeiter und weise sie ausschließlich auf das gewerkschaftliche Gebiet, während es offen liegt, daß, sollen die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen, die Eringung der politischen Macht ihre erste Aufgabe zu sein hat. Schließlich wendet er sich noch an die Vertreter der Miners' Federation und verlangt, daß sie sich in der Frage des Achtstundentages und Uebertagarbeit nicht wie bisher neutral verhalten, sondern entweder für oder dagegen stimmen sollen. Und da sie sich bisher nicht berechtigt glauben, dagegen zu stimmen, sollen sie nun dafür stimmen und so ihren continentalen Brüdern anstatt eines Fingers die ganze Hand reichen.

Als letzter Redner in dieser Frage erhält Stanley das Wort, der die Delegirten von Durham und Northumberland fragt, wozu sie, wenn sie bloß für die gewerkschaftliche und gegen die politische Action seien, dann eigentlich 3 Abgeordnete im Parlamente zu sitzen hätten? Und wenn Boyle klagte, daß mit dem Achtstundentag die Ländarbeiter noch mehr dem Bergbau zufließen würden, so habe er darauf nur zu erwidern, wenn dies ein so großes Uebel sei, dann müßten sie nur dahin wirken, daß die Beigleute die längste Arbeitszeit und die kürzesten Löhne haben und die Zustromung der Ländarbeiter werde dann aufhören.

Es wird sodann zur Abstimmung geschritten, und zwar zuerst über den gesetzlichen Achtstundentag für alle unter Tage beschäftigten Arbeiter. Das Ergebnis ist, daß die deutschen, französischen und belgischen Delegirten einstimmig dafür und von den englischen Delegirten bloß die von Durham und Northumberland dagegen sind, das heißt 96,000 Stimmen gegen 872,000. Bei der Abstimmung über den Achtstundentag für die über Tage beschäftigten Bergarbeiter ist die Abstimmung die gleiche. Die Miners' Federation hat also diesmal dafür gestimmt, was mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen wird.

## Die Berufs- und Gewerbezahlungen,

welche auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. April c. am Freitag, den 14. d. M., stattfinden wird, soll das Material liefern, zu einer statistischen Darstellung der Verteilung der Bevölkerung nach Berufsarten und Berufsstellungen, der Verteilung des land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens nach dem Umfange und anderen wichtigen Merkmalen der Bewirtschaftung, sowie der gewerblichen und Handelsbetriebe, mit Einschluß der Hausindustrie und des Hausgewerbes, nach ihrem Personalbestand, unter Berücksichtigung der Verwendung von elementaren Kräften und gewisser besonders wichtiger und charakteristischer Arbeitsmaschinen.

Das reichsstatistische Amt versendet über die Bedeutung und Organisation der Zählung folgende Belehrung an die Presse zur Veröffentlichung:

Die Einrichtung dieser Erhebung schließt sich an die bei uns bewährte und allbekannte der Volkszählungen an, nur sind die Formulare umfangreicher und dem Zweck einer volkswirtschaftlichen Statistik angepaßt, und der Termin der Zählung ist ein anderer, weil einmal unsere erste Erhebung dieser Art im Jahre 1882 auch im Juni war und dann der für unsere Volkszählungen hergebrachte Termin des 1. December für Ermittlungen, die das gewerbliche, insbesondere auch das landwirtschaftliche Erwerbsleben in seiner vollen Entfaltung erfassen sollen, ganz unpassend ist.

Von den drei Formularen, in welche vom Publikum Antworten eingetragen werden sollen: der Haushaltungsliste, der Landwirtschaftskarte und dem Gewerbebogen, wird das erstgenannte an sämtliche Haushaltungen und einzeln lebende Personen ausgegeben; die Landwirtschaftskarte ist in allen denjenigen Haushaltungen auszufüllen, welche eine Bodenfläche, groß oder klein, als Acker oder Weide, zum Handels-Gewächsbau, als Nutzgarten, Weinberg, Forst bewirtschaften, oder auch nur Kühe zu Zwecken der Milchwirtschaft — also eines der Landwirtschaft nahe verwandten Betriebs — haben. Der Gewerbebogen ist von allen Personen auszufüllen, deren Geschäft nicht von ihnen allein und ohne Elementarkraft ausgeübt wird und für welche daher nicht schon aus der Haushaltungsliste für die Gewerbestatistik genügende Antworten zu entnehmen sind;

und zwar sollen nicht nur die Leiter selbständiger Geschäfte, sondern auch von Zweiggeschäften mit Gewerbebogen versehen werden.

Die Formulare sind, mit Berücksichtigung der im Jahre 1882 gemachten Erfahrungen, unter Beihilfe landwirtschaftlicher und gewerblicher Sachverständiger ausgearbeitet und, nach Prüfung in der für die Beratung des Gesetzes über die Berufs- und Gewerbezahlungen vom Reichstage gewählten Commission, vom Bundesrath festgestellt. Mancherlei Fragen, die bei diesen Vorbereitungen als wünschenswert bezeichnet wurden, sind zurückgestellt worden, um die Erhebungen und deren Bearbeitung nicht zu sehr anschwellen zu lassen. Sommerhin wird vom Publikum die Durchsicht einer langen Reihe von Fragen gefordert, die der Haushaltungsvorstand auf der Haushaltungskarte und der Betriebsleiter auf der Landwirtschaftskarte oder dem Gewerbebogen, theilweise auch auf beiden, beantworten soll, soweit die Frage auf ihn zutrifft. Es ist aber natürlich nicht möglich, eine ausführliche statistische Darstellung jener volkswirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie von der Praxis und Wissenschaft gefordert wird, auf einer nur kleinen Zahl von Fragen und Antworten aufzubauen; und bei der Wichtigkeit dieser Erhebung, die fast in demselben Umfang zuletzt vor dreißig Jahren gemacht worden ist und in einem ähnlich langen Zeitraum nicht zu wiederholen sein wird, dürfte in den Formularen eine Befragung, die über das gewöhnliche Maß hinausgeht, nicht gescheut werden.

Das Gelingen der Zählung und damit der statistischen Arbeit überhaupt hängt ganz von der einsichtsvollen und bereitwilligen Mitwirkung der Bevölkerung ab, die sie, bei dem gemeinnützigen Zweck des Unternehmens, gewiß nicht versagen wird.

## Locales.

Breslau, den 12. Juni 1895.

\* Als eine empfindliche Härte muß der § 32 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes angesehen werden, welcher besagt, daß die aus einem Versicherungsverhältnisse sich ergebende Anwartschaft erlischt, wenn während vier aufeinander folgenden Kalenderjahren für weniger als insgesammt 47 Beitragswochen Beiträge auf Grund des Versicherungsverhältnisses oder freiwillig (§ 117) entrichtet worden sind. Hiernach würde Jemand, abgesehen von der nach § 8 des Gesetzes zulässigen freiwilligen Versicherung, wenn er aus einem versicherungspflichtigen Verhältnisse, sagen wir im Jahre 1898 ausscheidet, um sich vielleicht selbstständig zu machen oder häuslichen Arbeiten zu widmen, was hauptsächlich bei Frauen vorkommen dürfte, bis dahin im Besitze von sieben Renten à 52 Wochen ist, auf der ersten Karte aber bis Ende des Jahres 1901

## Der Spieker als Tyrann.

Ein Bild aus der russischen Beamtenwelt.

(Schluß.)

Man mag sich nun vorstellen, wie dieser Wütherich den Juden gegenüber verfahren wird, die in der russischen Gesellschaft eine vollständige rechtlose Stellung einnehmen. Als Alexander III. starb, veranfaltete die Odesaer Judengemeinde (Odesa ist eine der wenigen großen Städte, wo Juden frei sich aufhalten dürfen) einen Trauergottesdienst in der Synagoge und ließ einen silbernen Kranz mit der Aufschrift „Dem unvergesslichen Kaiser“ anfertigen. Sie schickte eine Delegation an Selenoj mit der Bitte, er möge an dem Gottesdienste theilnehmen und der Deputation gestatten, daß sie den Kranz nach Petersburg führen und an dem Grabe des Caren niederlegen dürfe. Aber da bekamen sie folgende Rede zu hören: „In eure schäbige Synagoge geh' ich nicht, denn ihr seid ja nur froh darüber, daß der Czar gestorben ist. Da habt ihr ja, ihr verfluchten Juden, auch auf den Kranz geschrieben: „Dem unvergesslichen Caren.“ Ja, denken werdet ihr an ihn; noch viel zu wenig hat er euch gewürgt. Unterstellt euch nicht, den Kranz zu überführen, schickt ihn mit der Post. — „Aber“, magte einer von der Deputation zu bewerten, „warum haben dann Eure Excellenz einem gewissen Bäcker Robin erlaubt, den Kranz persönlich zu überbringen. Er ist doch nicht einmal russischer Unterthan.“ — „Belehren wirst du mich, jüdische Frage“, brüllt der Gewaltige. „Ihr dürft jetzt den Kranz nicht mit der Post schicken, ihr übergebt ihn dem französischen Bäcker, damit er ihn auf das Grab des Caren niederlege und jetzt Marsch hinaus!“ — Ein anderes Mal trifft er in einer der

vornehmen Straßen zwei Juden auf den Steinen sitzend. Sie waren von einem Dorfe zu dem beidigten Anwalt Protopopow gekommen, und da sie zu früh eingetroffen waren, warteten sie sitzend vor seinem Hause. „Keine andere Straße habt ihr euch als Ruheplatz aussuchen können, ihr läsbigen Juden als die Dorbasowskische Gasse. Schuzmann, schneide ihnen die Beize ab.“ Und so geschah's.

Es kann nun freilich nicht fehlen, daß Selenoj in solchen Fällen manchmal an den Unrechten geräth. So trifft er einst in einem Park, den zu besuchen er den Juden verboten, einen Mann auf einer Bank sitzend, der ihn nicht grüßt. „Die Mühe herunter“, spricht Selenoj. „So, wer bist denn du?“ bekommt er als unerwartete Antwort. „Ich? Selenoj.“ „Nun, es wäre Zeit, daß du reif würdest.“ (Selenoj heißt nämlich so viel wie: Grüner, Unreifer.) „Wie magst du dich so auszudrücken, jüdische Frage“, schreit zitternd vor Wuth der Gestränge. „Stiens bin ich für Sie nicht „Du“, weitens keine jüdische Frage, sondern General wie Sie, Professor an der Odesaer Universität, Raschubinski“, erwiderte in kühler Tone der Angefahrene. „Verfluchte Stadt, wo man die Juden von den Professoren nicht unterscheiden kann“, brummt Selenoj und geht fort.

Der er trifft auf dem Boulevard einen Gymnasialisten der zweiten Klasse, der ihn nicht grüßt. Den packt er beim Ohr und reißt es ihm halb aus, daß der arme Knabe mit blutendem Ohr nach Hause kommt. Dieser Knabe ist aber zufällig der Sohn des Obercommandanten Geberg von Odesa. Da holt sich denn Selenoj die späte Zurechtweisung der Mama, der Frau Geberg, die ihn den nächsten Tag besucht und ihn auffordert, er möge doch die Polizeiwache auf den Boulevards verstärken, gestern habe ein be-

tunkener General ihren Sohn, weil dieser ihn nicht gegrüßt, so am Ohr gerissen, daß er blutend nach Hause gekommen sei. Daß aber die Rücksichtslosigkeit und Machtvollkommenheit des Odesaer Statthalters auch vor den Angehörigen höherer Kreise nicht zurückschreckt, bewist der Fall, daß ein Student der Odesaer Universität, ein Fürst Lumanow, ausgeschlossen wurde, weil er — zu lange Haare trug, ein Fall, der seiner Zeit in Europa viel Aufsehen erregt hat. Das trug sich so zu. Lumanow hatte das Unklug, auf der Straße mit Selenoj zusammenzuverfehen. Selenoj stellt ihn und verlangt, er möge sich die Haare kürzer schneiden lassen. Lumanow weigert sich, dem Befehl Folge zu leisten. Und die Universität, an die Selenoj sich wendet, gesteht sich nicht das Recht zu, den jungen Mann zur Einhaltung dieses Befehls zu verhalten. Da wandte sich nun Selenoj an das Unterrichtsministerium, und dieses verfügte die Ausschließung des zu behafteten Universitätsdozenten.

Zuletzt sei noch ein Fall erzählt, der am besten beleuchtet, wie der Czarismus sich zu seinen Dienern von der Art eines Selenoj verhält. Am 14. November, als am Tage der Vermählung Nicolans II., war in Odesa allgemeine Illumination der Häuser befohlen. Selenoj wandelte durch die Straßen, um die Illumination in Augenschein zu nehmen. Da trifft er auf ein Haus, das nach seiner Meinung zu schwach illuminiert ist. Ohne sich lange zu besinnen, rückt Selenoj bei und fährt den Besitzer, einen Griechen Namens Kobotonaki, in seiner Weise an und fordert ihn auf, reichlicher zu beleuchten. Kobotonaki weigert sich. „Früher hättest du dir das nicht erlaubt. Drei bis vier Krzen hinzustellen erlaubt; du dir erst unter diesem jungen Caren. Viele Dummheiten wirst er noch machen bei seiner Jugend.“ Der schlaue Grieche

nicht mindestens 47 Wochenbeiträge nach Klasse II nebst Zusatzmarke aufzuweisen vermag, seine Ansprüche nicht allein auf Invaliden- oder Altersrente, sondern event. auch auf Rückzahlung bei Verheirathung oder Sterbefall verlustig gehen. Nehmen wir aber einen weiteren Fall: Ein Versicherter scheidet im 67. Lebensjahre aus seinem Arbeitsverhältnisse um bei seinen Kindern zu leben und hat bis dahin 1410 oder noch mehr Beitragswochen aufgebracht, welche ihn zum Bezuge von Altersrente berechtigen. Versäumt er aber von dieser Zeit an bis zur Vollendung seines 70. Lebensjahres die Beibringung von mindestens 47 Wochenbeiträgen, so würde er in Folge dessen ebenfalls keine Altersrente beanspruchen können, weil dann sein Anspruch verjährt ist. Nach Absatz 2 des § 32 lebt die Anwartschaft wieder auf, das heißt, es werden die früheren Beiträge dem betreffenden Versicherten allerdings wieder angerechnet, wenn er von Neuem eine Wartzeit von fünf Beitragsjahren, gleich  $5 \times 47 = 235$  Beitragswochen, sei es durch ein versicherungspflichtiges Verhältniß oder durch freiwillige Beitragsleistung, zurückgelegt hat. Bei der freiwilligen Beitragsleistung fallen nun wiederum zwei Momente in's Gewicht: 1. dürfte die freiwillige Versicherung nur vor der Vollendung des 40. Lebensjahres und nur bei vollkommener Gesundheit in Betracht kommen und 2. nur dann, wenn nach § 117 Absatz 3 des Gesetzes 117 Beitragswochen in einem versicherungspflichtigen Verhältnisse aufgebracht worden sind. In beiden oben angezogenen Fällen müßte also wiederum eine Karenzzeit von fünf Beitragsjahren zurückgelegt werden, um etwaige Ansprüche geltend machen zu können, was namentlich im letzteren Falle geradezu als unwahrscheinlich anzunehmen ist und somit wären die eingezahlten Beiträge für den Versicherten vollständig verloren und lämen der Versicherungsanstalt, ohne Gegenleistung machen zu müssen, zu gute. Allenfalls ist schon von Autoritäten auf dem Gebiete des Versicherungswesens auf diese für die Versicherten so unliebsame Bestimmung hingewiesen, sowie bei Berathung dieses Gesetzes hierauf aufmerksam gemacht worden, allein die Mehrheit des damaligen Reichstages glaubte diese Kautel beibehalten zu müssen, unter dem Hinweis, daß bei Privatversicherungsgesellschaften schon bei viel kürzerer Zeitdauer von Rückständen den Verlust der Ansprüche zur Folge habe, welcher Vergleich jedoch mit der allseitig zugesicherten humanen Tendenz, welche diesem Gesetze grundlegend dienen sollte, keineswegs in Einklang zu bringen sein dürfte. Hier dürften Schätze zu sammeln auf Kosten der Leidenden und Unglücklichen nicht dem entsprechen, wozu das Gesetz eigentlich geschaffen ist, und wenn der Gesetzgeber nun einmal bei obigen citirten Fällen „nichts zu geben“ befehlen zu müssen glaubt, so sollte er sich doch wenigstens dazu verstehen, derartig geleistete Beiträge zurückzuerstatten. Sache der Versicherten dürfte es nun sein, um nicht dieser unliebsamen Eventualität zum Opfer zu fallen, bei längerem Austritt aus einem versicherungs-

pflichtigen Verhältnisse eine freiwillige Beitragsleistung vorzunehmen, im Weiteren aber dafür zu agitiren, daß bei einer hoffentlich nicht allzu fernen Revision dieses Gesetzes dieser für Viele verhängnißvolle Passus verschwindet oder doch abgemildert wird. Mögen diese Zeilen hierzu beitragen.

\* Die Breslauer Grundbesitzer sind bekanntlich mit der Canalgebührenordnung und der Erhebung des Wassergeldes durchaus nicht zufrieden; sie fühlen sich hierdurch in zu hoher Weise belästet und wurden deshalb beim Finanzminister um Erleichterungen vorstellig. Herr Miquel hat sich indeß auf die Klagen unserer Hausagrarien nicht eingelassen, sondern die Sache an den Oberpräsidenten von Schlesien zur Verfügung abgegeben, welcher letzterer seinerseits nunmehr in einem Schreiben erklärt, nicht in der Lage zu sein, von Kommunalaufsichtswegen eine Ermäßigung des von der Stadt für die Abgabe des Leitungswassers seit längeren Jahren erhobenen Wassergeldes entgegen den Beschlüssen der städtischen Vertreter zu erzwingen oder zu erstreben. Die Herren vom Grundbesitzerverein waren über den Bescheid des Oberpräsidenten wenig erfreut und in der letzten Versammlung bemerkte der stellvertretende Vorsitzende Beisenherz, daß die Mitglieder sich durch solch ein Schreiben nicht schrecken lassen sollten. Der Rath des Herrn Oberpräsidenten an die Grundbesitzer, sich ihrerseits — soweit sie nicht selbst das vom städtischen Wasserwerk entnommene Wasser verbrauchen — durch Einpultation in den Mietverträgen die Erstattung ihrer Auslagen für Wassergeld auszubedingen, sei schon oft ertheilt worden, er könne fast als eine Verhöhnung scheinen, wenn man auf die Ueberproduction von Wohnungen hinsehe. Wie der Redner weiter berichtet, hat der Verein den Klageweg gegen die Canalgebühren-Ordnung und die Erhebung des Wassergeldes beschritten; ferner brachte derselbe den Antrag ein: 1. ihn zu ermächtigen, in einem eingehenden Antwortschreiben an den Herrn Oberpräsidenten dessen Behauptungen zu widerlegen, und 2. den Herrn Oberpräsidenten unter gleichzeitiger Uebersendung einer Broschüre „Die jetzige Lage des städtischen Grundbesitzes“ von B. Beisenherz zu bitten, eine Deputation des Vereins zu empfangen, welche ihm mündlich die Lage schildern solle.“ Die Versammlung trat selbstverständlich einstimmig diesen Anträgen bei und wird nun eine Deputation dieser „Nothleidenden“ dem Herrn Oberpräsidenten die „gebrüchtere“ Lage des Grundbesitzes schildern.

\* Der Innungsausschuß zu Breslau hielt vor einigen Tagen eine Sitzung ab, in der u. A. mitgetheilt wurde, daß jüngst eine vom Magistrat einberufene Sitzung zur Berathung über Abänderung im Submissionswesen stattgefunden hat, zu welcher Vertreter des Handwerker- und Kaufmannstandes, sowie zwei Mitglieder der Handelskammer eingeladen worden waren. Ueber das Ergebnis der Beratungen werden in nächster Zeit Mittheilungen erfolgen.

\* Vom Großschiffahrtsweg. Der Canal, welcher die große Schiffahrt am Breslau bis in die regulirte Oder unterwärts führen soll, wird nach „Berl. Post. Anz.“ spätestens im Herbst 1896 dem Verkehr übergeben werden können; bis dahin werden alle stromaufwärts am Canal befindlichen festsitzenden Bauwerke fertiggestellt sein. In dem bezeichneten Termine wird daher eine allen Bedürfnissen entsprechende, leistungsfähige Wasserstraße von dem ober-schlesischen Kohlenrevier nach Stettin bezw. Berlin und Hamburg dem Verkehr dienbar gemacht sein.

\* Die Sommerferien sind von dem hiesigen Königl. Provinzial-Collegium für sämtliche höhere Unterrichtsanstalten, Schullehrer und Lehrerinnen-Seminare, Lehrzimmern und Kinder-Unterrichtsanstalten und Königl. Präparanden-Anstalten der Provinz Schlesien folgendermaßen festgesetzt worden: Schluß des Schuljahres Freitag, den 12. Juli; Schulanfang, Mittwoch, den 14. August. — In den hiesigen Volksschulen erfolgt der Schluß des Schuljahres: Sonnabend, den 13. Juli. Die Schule beginnt wieder Montag, den 12. August.

\* Straßenpflasterungen werden gegenwärtig in der Schlegel- und Kahlenbergstraße vorgenommen.

\* Fleischpreise in Breslau pro Mai 1895. Laut amtlicher Feststellung lauten im Durchschnitt: Rindfleisch im Großhandel 120 Mk. Im Kleinhandel pro 1 Kilogramm: Rindfleisch von der Seite 1,46 Mk., Rindfleisch von Bauch 1,31 Mk., Schweinefleisch 1,33 Mk., Kalbfleisch 1,40 Mk., Hammelfleisch 1,40 Mk., gekochter Speck (geräucherter) 1,70 Mk., Schmalz (geräucherter) 1,70 Mk.

\* Sommer-Theater bei Siebzig. Heute, Mittwoch, geht vorläufig zum vierten Male die Komödie „Der Probefuß“ in Scene; „Lata-Lata“ hat zum fünften Male Premiere.

Sonnabend stattfindet, wird vom Director Witte-Wild persönlich inscenirt.

\* Budapest Theater. Der Tag der 1500. Aufführung der „Klabrias-Partie“ ist nunmehr gekommen; die heutige Jubiläums-Vorstellung dürfte, nach den zahlreichen Vorbestellungen zu schließen, der Direction ein ausverkauftes Haus bringen. Außer der „Klabrias-Partie“ gelangt noch am heutigen Abend das Lustspiel „Die Welt geht unter“ zur Aufführung. Zum Andenken an dieses für die „Budapester“ denkwürdige Jubiläum, erhalten die Besucher ein elegant ausgestattetes Erinnerungsblatt, welches ein Bild der „Klabrias-Partie“ mit den Original-Darstellern, sowie den Text des von Herrn Jaques Berne gesprochenen Prologes enthält. Die Preise sind die gewöhnlichen; die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

\* Ein Fahnenflüchtiger. Der in Ratibor fahnenflüchtig gewordene Unteroffizier Bardulizky hat vom 1. bis 8. Juni hier bei einer mit ihm verwandten Frau gewohnt. B. traf am 1. d. M. in der Wohnung jener Frau ein und fragte, ob sie nichts sie besonders Interessirendes in den Zeitungen gelesen habe, worauf die Frau verneinend antwortete. Am 8. d. M. Abends B. äußerte, er müsse nach Berlin reisen, wurde er von dem Stiefsohn der Frau nach dem Bahnhof geleitet. Grund zu seiner schnellen Abreise gab ihm, wie sich bald herausstellte, ein von ihm abgefangener, an die Frau gerichteter Brief, in dem über ihn Mittheilungen gemacht wurden. Erst nach seiner Abreise erfuhr die Frau durch den Brief einer Verwandten, die einen Zeitungsauschnitt beigelegt hatte, von der bereits einmal erfolgten Festnahme des 23 Jahre alten Fahnenflüchtigen. Noch unliebsamer war ihr die Entdeckung, daß B. während seines Aufenthalts aus einer Commode ein Zehnmarkstück und einen goldenen Siegelring mit einem weißen Stein entwendet hatte. Daß B., wie er angegeben, nach Berlin gefahren ist, ist sehr fraglich. Bei seiner Abreise trug er einen schwarzen Anzug, einen schwarzen Hut und einen schwarzen Stock.

\* In selbstmörderischer Absicht jagte sich am 4. d. M. der Kaufmann D. von der Paradiesstraße eine Kugel in die Brust. D. hatte das Herz treffen wollen, jedoch wurde das Herz nicht beschädigt, da die Kugel dicht darüber in den Körper drang. Immerhin ist die Verletzung schwerer Art, zumal die Kugel noch nicht gefunden worden ist. Der Lebensmüde fand im Krankeninstitut der barmherzigen Brüder Aufnahme.

\* Zur Ermittlung. In der Untersuchungssache wider den Commis Wendriner, der seinem Principal Waaren im Werthe von über 1000 Mark gestohlen hat, besteht die Vermuthung, daß Wendriner bedeutende Posten Spitzen und Posamenten an hiesige Geschäftsleute dieser Branche gegen Cassa abgesetzt und hierbei den Namen seiner Firma (S. Mugdan jun.) mißbraucht hat. Solche Geschäftsleute mögen sich bald im Polizeipräsidium (Zimmer 20) melden.

\* Diebstähle. In einer Schwimmanstalt wurde einem Sehring aus der Auskleidezelle ein Portemonnaie gestohlen, welches 6,70 Mark und einen goldenen Ring enthielt. — Am Sonntag Nachmittag wurde auf der Klosterstraße einer Plätterin ein Portemonnaie mit 2,50 Mark aus der Tasche entwendet. — Am 8. d. Monats, Nachmittags, wurde ein vor dem Hause Nicolaisstraße 6 stehen gelassener Handwagen mit dem Schild: Niesefeld und Ledermann gestohlen. — Aus der Wohnung eines Arbeiters in der Mehlgasse wurde eine silberne Remontoiruhr mit goldener Kette gestohlen.

\* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 10. d. Mts. 50 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: eine schwarzlederne Brieftasche, enthaltend 300 Rubelscheine, 1 Einhundertmarktschein, 1 Zwanzigmarktschein, 1 Fünfundzwanzigmarktschein, ein Paß und eine Grenzpasskarte, ein goldenes Kreuz, ein Zehnmarkstück, ein Korallenarmband, ein Fünfundzwanzigmarktschein, drei Portemonnaies mit 3, 10 und 12 Mark Inhalt, eine silberne Cylinderuhr mit silberner Kette, eine silberne Damen-Remontoiruhr (Nr. 55,774), ein silbernes Gliederarmband mit Granatverschluß, ein goldenes Kettenarmband. — Gefunden wurden: ein Krimscheer, ein Double-Armband, ein Sonnenschirm, ein Regenschirm, ein Herren- und ein Damenjaquet.

**Schlesien.**

**Erdbeben in Schlesien.**

Am 11. Juni sind in einigen Orten mehrere kurze Erdstöße verspürt worden. So wird uns aus Girehler geschrieben: Heute Vormittag um 3/10 Uhr wurde in der Umgegend ein nicht unbedeutender Erdstoß verspürt, der mehrere Secunden anhielt. — So

erhielt sofort seinen Vortheil und schreibt: „Ich dulde es nicht, daß man in solchen Ausdrücken von dem Caren spricht, und sofort werde ich Sie durch meine Diener hinauswerfen lassen.“ Natürlich dürfte nach dieser Begegnung Kobakofski keinen Augenblick verziehen. Er fuhr sogleich am nächsten Tage nach Petersburg. Dort gelang es ihm, als einem reichen Mann, der viele Verbindungen hat, beim Kaiser des Jurem eine außerordentliche Audienz zu erlangen. Da erklärt er nun dem Kaiser, er habe ihm eine so wichtige Nachricht zu überbringen, daß er sich vorerst mühe in Sid nehmen lassen, bevor er deportiren könne. Man halt einen Priester und läßt ihn den Eid ablegen. Da berichtet er nun das Vorgefallene dem Kaiser.

Und was ist die Folge? Selensoj bekommt fünf Tage Hausarrest. Aber wie man erzählt, aus Jena darüber trinkt Selensoj bei Feiern jetzt keine Liqueur mehr auf die „hochgeschätzte Gesundheit“, wie seine Liqueur auf der verstorbenen Kaiserin landeten, sondern nur auf die Gesundheit des Caren. Man lernt aus diesem Geschicklein ungemein viel über das Wesen des russischen Despotismus. Es ließe sich von diesem Gesichtspunkt aus noch manche fruchtbare Folgerung ableiten. Die „Leitende Blatt“ machen in dieser Richtung mit besonderer Deutlichkeit auf den letzten Fall die treffliche Bemerkung, mit der wir schließen wollen: Das Selbstherrschertum ist zu dem Schicksal gekommen, man könne sich von solchen Stützen des Thrones gelegentlich sogar eine Scheidung an erwünschte gestalten lassen, wenn diese Stütze des Thrones nur gelegentlich Bewusstseins der menschlichen Rechte und der Menschlichkeit aus „unseren treuen Unterthanen“ zu entfernen noch, ohne welches nicht etwas nicht mehr sicher gehen würde. (W. A.-Z.)

wohl aus Münsterberg wie aus Reichenbach wird der „Echl. Ztg.“ gemeldet, daß daselbst am 11. d. M. gegen 9 1/2 Uhr Erdstöße stattgefunden haben. In der erwähnten Stadt dauerte das Erdbeben etwa drei Sekunden und war von unterirdischem donnerähnlichen Getöse begleitet. Bilder fielen von den Wänden, und im Seminar gerieth der Kronleuchter in's Schwanken. Wie die „Bresl. Ztg.“ seitens der Breslauer Sternwarte erzählt, ist weder auf dem daselbst aufgestellten Erdbebenmesser, noch an dem weit empfindlicheren registrirenden Barometer eine Erschütterung bemerkt worden; es handelt sich also um eine anscheinend eng begrenzte Erschütterung, die auf eine locale Verschiebung zurückzuführen sein dürfte. Ein Grund zu Befürchtungen, daß Schlesien von derartigen Erdbeben-Catastrophen heimgesucht werden könnte, wie erst kürzlich Theile von Italien und Syrien, ist nicht im Geringsten vorhanden; immerhin aber gehören selbst schwache Erschütterungen in Schlesien zu den allergrößten Seltenheiten.

**Zur Grubenkatastrophe in Oberschlesien.**

Die Zahl der Opfer bei dem schrecklichen Grubenbrande auf dem zur Gottessegengrube gehörigen Achenbornschacht ist in Wirklichkeit nicht so groß, wie anfänglich gemeldet wurde, lagt in die Katastrophe für Uthare. Von den bis zum 11. d. Mts. Mittags, ans Licht gebrachten Verunglückten waren, nach der „Bresl. Ztg.“, 9, darunter die Steiger Weiskner und Schmehl, trotz der sofort von dem Knappschachtsarzt Dr. Fischer angestellten intensiven Belebungsversuche, nicht mehr zu retten. Der anfänglich auch vernünftige Obersteiger Otto wurde aber gerettet. Eine genaue Controlle über die Zahl der auf den anderen Schächten der Gottessegengrube insgesamt ausgefahrenen Arbeiter ließ sich naturgemäß nicht führen. Die Zahl der im Brandfelde Zurückgebliebenen, die nicht mehr gerettet werden konnten, wurde am 11. Juni früh beim Verlesen festgestellt. Danach sind 11 Bergleute in der Grube begraben, so daß sich die Gesamtzahl der Todten mit den gestern hinausbesörderten 9 Bergleuten auf 20 Personen beläuft. Außerdem haben noch 30 Bergleute mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen. Die Arbeiten auf der benachbarten Hugogrube wurden sofort eingestellt und mit allen verfügbaren Kräften wurde die Abdämmung der gefährdeten Stellen versucht. Durch Anlage provisorischer Dämme ist dies auch vorläufig gelungen. Nach luftdichtem Abschluß des Feuers unter Tage wird man durch Zumachen des Holzhängeschachtes Nr. 3 versuchen, den Brand zu ersticken.

Ueber die Entstehungsursache des Grubenbrandes verlautet gerüchswise, daß das Feuer durch eine Explosion von Grubengasen auf dem „Achenbornschacht“ entstanden sei. Auf jeden Fall ist über die Ursache des furchtbaren Unglücks, das zahlreiche brave Veraleute ins Verderben stürzte, authentische Auskunft nothwendig. Wie stand es mit den Sicherheits-Maßregeln?

\* **Siegau,** 11. Juni. Militärbonfott. Der Selbstmord des Unteroffiziers Scholz vom hiesigen Regiment, hat, nach dem „Sieg. Tagebl.“, dazu geführt, daß über zwei Geschäftsleute, über einen Restaurateur und einen Kaufmann, von militärischer Seite der Boykott verhängt wurde. Durch die vom Regiment eingeleitete Untersuchung über das Motiv zum Selbstmorde sei festgestellt, daß Scholz die Nacht vor seinem Tode in dem Restaurant eine seine Verhältnisse weit übersteigende Besche gemacht, sich bei dem Kaufmann wiederholt Geld geborgt und demselben einen Wechsel ausgestellt habe. Durch Regimentsbefehl ist jetzt allen Mannschaften der Besuch des Restaurants wie auch des Geschäftslocals des betr. Kaufmanns verboten worden.

\* **Slogau,** 11. Juni. Amtsvorsteher und Lehrer. Der Amtsvorsteher Wilhelm v. Kliching auf Kolzig, Kreis Grünberg, hatte, dem „Niederchl. Anz.“ zu Folge, zum ersten Pfingstfeiertag den Lehrer F. ruderer aus Grünwald in amtlicher Eigenschaft zu sich bestellt, um von demselben Auskunft zu erfragen über den Verbleib eines Jagdgewehres, das Herr Lehrer F. von einer wegen Jagdvergehens in Untersuchung stehenden Persönlichkeit gekauft haben sollte. Als der Bernommene der Wahrheit gemäß versicherte, daß das Gewehr nicht in seinen Händen sei und er auch nicht wüßte, wo dasselbe zu finden sei, verlangte der Amtsvorsteher von Herrn F., daß dieser seine Aussage beschwören sollte. Herr F. lehnte dieses Ansuchen jedoch mit dem Hinweis ab, daß der Amtsvorsteher zur Eidesabnahme nicht befugt sei. Der Amtsvorsteher beharrte auf seinem Verlangen, und als Herr F. seinerseits ebenfalls bei seiner Weigerung verblieb, gerieth der Herr Amtsvorsteher in immer größere Erregung und ließ sich zu schweren Beleidigungen des Herrn und dessen abwesender Gattin hinreißen. Schließlich ging der Zorn des Herrn Amtsvorstehers so weit, daß er den Bernommenen körperlich mißhandelte und blutig schlug, so daß dieser um Hilfe rufen mußte. Die Anwesenheit ist selbstverständlich bei Gericht und bei den zuständigen Behörden anhängig gemacht. — Eosentlich wird dem schneidigen Herrn dort die nöthige Aufklärung über seine Amtsbefugnisse beigebracht.

\* **Othlau,** 19. Juni. Eindeichung der rechtsseitigen Oberniederung. Der „Schles. Ztg.“ wird unterm 10. d. M. geschrieben: In einem heute im hiesigen

Rathhause unter dem Vorsitz des Oberstrombau-Directors Pechel abgehaltenen Termine, an welchem Vertreter des Oberpräsidiums, des Regierungspräsidiums, des Landeshauptmanns, des Meliorationsbauamtes, des Wasserbauamtes, des Landrathsamtes, der Stadt Othlau, der Gemein-den Bergel, Otag, Peisterwitz, Poln.-Steine, Thiergarten, der Herrschaft Zeltzsch, des Alt-Röhl-Peisterwitzer und des Briesen-Deutsch-Steiner Deichverbandes theilnahmen, wurde über den mit dem Neubau der hiesigen Othlaubrücke in Verbindung stehenden Plan der Eindeichung der rechtsseitigen Oberniederung vom Ende des Alt-Röhl-Peisterwitzer Hauptdeiches bis Zeltzsch berathen. Es wird beabsichtigt, den Sommerdeich gegenüber von Polnisch-Steine zurückzuberlegen und den neuen Deich, sowie die Deiche unterhalb Thiergarten und Othlau so zu erhöhen, daß die Deichkrone das seit 1854 höchste Hochwasser von 1891 um 60—70 cm übersteigt. In dem Schutzgebiete liegen ungefähr 3000 ha Land. Die Kosten sind auf 200,000 Mk. veranschlagt, würden sich aber um etwa 20,000 Mk. verringern, wenn die Bauten gleichzeitig mit dem Brückenbau erfolgen und die Erdmassen, welche bei diesem durch die beabsichtigte Verbreiterung am rechten Oberufer gewonnen werden, zu den Deichbauten verwendet werden könnten. Das neue Hochwasserprofil würde einen Durchfluß von 1700 cbm in der Secunde ermögligen. Die Vertreter der hauptsächlich beteiligten Gemeinden Othlau, Bergel und Otag, sowie die der Herrschaft Zeltzsch sprachen ihre Geneigtheit aus, einem zur Verwirklichung des Planes zu bildenden Deichverbande beizutreten, und es ist daher wohl das Zustandekommen der Ausführung zu erwarten. — Der Bezirksausschuß hat unter Zustimmung des Oberpräsidenten die hiesige Ordnung über eine Bier- und Braumalzzuschlagssteuer sowie die Erhebung von 174 pCt. Zuschlag zu den Realsteuern und 198 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als directe Gemeindesteuern für 1895/96 genehmigt! Unsere Steuerzahler können sich wirklich freuen!

\* **W. Strehlen,** 11. Juni. Auf dem benachbarten Dominium Kurlitz verjuchten heute vor acht Tagen polnische Wanderarbeiter zu streiken. Sie verlangten höheren Lohn und bessere Verpflegung. Durch das Einschreiten des Gendarms wurde die „Ordnung“ wieder hergestellt. Nunmehr ist vorgefem die Hälfte der Polen bei Nacht und Nebel abgezogen. Diese Thatsache zeigt, daß die Sachfengängerei der ärmeren Polen anfängt, für unsere Mittergutsbesitzer bedenklich zu werden.

**Aus den Nachbarprovinzen.**

\* **Farwin,** 11. Juni. Eine Explosion schlugen der Wetter ereignete sich, der „Bresl. Ztg.“ zufolge, am Sonnabend früh 4 Uhr aus bisher noch unbekannter Ursache im Johann-Schachte in der Schleuse am fünften Horizont im XV. Fldts. Der Johannschacht ist einer der von der Katastrophe am 17. Juni v. J. betroffenen Schächte, gegenwärtig werden in demselben die Gewältigungsarbeiten vorgenommen und bei diesen erfolgte die Explosion. Oberhauer Muffial wurde schwer verletzt und erlitt zwei Rippenbrüche; sechs Häuer wurden leicht verletzt, drei derselben haben Brandwunden an den Händen erlitten.

\* **Mährisch-Odrau,** 11. Juni. Die Cholera soll nach einer in Ratibor eingegangenen, nicht näher zu controlirenden Mittheilung in Zabrzeg bei Mährisch-Odrau ausgebrochen sein. Demzufolge werden die Ratiborer Grünzeug-Anbauer, wie ihnen durch Ausrufen bei dem letzten Wochenmarkte bekannt gegeben wurde, von jetzt ab die Wochenmärkte in Mährisch-Odrau bis auf Weiteres nicht besuchen dürfen. Ein amtliche Bestätigung der Meldung ist bis jetzt nicht erfolgt.

**Neueste Nachrichten.**

— **Berlin,** 11. Juni. Die Nationalliberalen und Freiconservativen beabsichtigen, im Landtage eine Interpellation einzubringen, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen beabsichtige, die im Prozeß Mellage zu Tage getretenen Zustände zu beseitigen, und für die staatliche Aufsichtigung solcher Anstalten Sorge zu tragen. Eine Unterstützung durch die Conservativen wird erwartet. — Nach anderweitigen Nachrichten soll diese Absicht von den muthigen Nationalliberalen wieder aufgegeben sein.

— **Fürst Bismarck** füllt wieder mit einer „Rede“ die Spalten der Wäiter. Dem Centralauschuß des Bundes der Landwirthe, der ihm am Sonntag „huldigte“, rief er, den Kampf für die agrarischen Interessen mit doppelter Thakraft gegen die „Männer ohne Ar und Halm“ zu führen. „Wir müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produciren, als Gesetze, und das reicht nicht.“ Der Chef der Ausbeuter und die Staatspendiaten des Junkerthums als Gegner der Drohnenwirtschaft, welche Fronie! Ueber Minister sprach er auch. Er sagte: „Dann entstehen die A leber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirtschaftliche Interessen bei ihren Collegen vertreten.“ Was sagen die Boetticher und Marschall dazu? Und „Klebe“ der Alte nicht 30 Jahre lang am Ministerstuhl und wäre er nicht gern bis an sein Ende daran kleben geblieben? — Der alte Säbelschleifer soll übrigens jetzt an Bronchialcatarrh erkrankt sein.

— **Namen,** 11. Juni. Bruder Heinrich ist nicht nach Belgien geflüchtet, sondern heute in Marienberg festgenommen und in Untersuchungshaft abgeführt.

— **Athen,** 10. Juni. Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht. Der König beauftragte Theodor Deljaninis mit der Neubildung des Cabinets. — Der Deljaninis Baimis wurde mit 148 gegen 44 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. — Das neue Cabinet ist endgültig gebildet. Theodoros Deljaninis übernimmt das Präsidium und die Finanzen; Stuzos das Aushwärtige, Rabrosinichalis das Innere, Oberst Smolenis Krieg, Levides Marine, Petrides Unterricht, Barvoglis Justiz.

\* **Rom,** 11. Juni. Die Thronrede beschönigt die elende Finanzlage des Landes, erwähnt als wichtiges Staatsereigniß die Verheirathung eines Prinzen und bittet um Beruhigung der Gemüther, anstatt Maßregeln zur Förderung des Wohls des Landes vorzuschlagen. Es heißt dann: „Die Organisirung der Finanzen wird nochmals den ersten und hauptsächlichsten Gegenstand bilden. Die in der ersten Sessionsperiode eingebrachten und angenommenen Gesetzen“

würfe hatten die Wirkung, daß der Staatscredit gehoben wurde. Allein die Befestigung des Budgets ist durch dieselben noch nicht vollkommen erzielt worden. Außerdem werden vorgelegt Aenderungen der derzeit bestehenden Gesetze, die darauf abzielen, daß die Einrichtungen der Rechtspflege einen besseren Schutz der Privatrechte und der öffentlichen Ruhe sichern. Jeder Staatsbürger, auch in hohen Aemtern, soll berufen werden können, über seine Handlungen unter der Herrschaft der allgemeinen verbindlichen Gesetze Rechenschaft abzulegen.“ Mit aufrichtiger Genugthuung wird „die Herzlichkeit der Beziehungen“ betont, die „zwischen anderen Völkern und dem unserigen, zwischen meiner Regierung und den auswärtigen Regierungen bestehen. Europa athmet Frieden auch durch unseren Willen, und kein Mißtrauen, kein Verdacht ruht mehr auf unseren Absichten.“ Die Entsendung von Schiffen nach Kiel und England wird als „Friedensgruß“ bezeichnet. Der Staatsstreicher und Chedempänger Crispi, der Held der Ausnahmezustände, hat durch seine Dictatur allerdings „Rechenschaft“ abgelegt und „Friede“ herrscht im Reiche des Zwangsauferhalts. Welch ein Hohr liegt doch darin! Die Thronrede aber will ja auch nur einen neuen Giolittiparagraphen, um dem unangenehmen Enthüller an den Kragen gehen zu können.

Wo bleibt die große Regierungsmehrheit in der italienischen Deputirtenkammer? Montag Abend 9 Uhr fand eine Versammlung der Parlamentsmajorität statt, an welcher sich 251 Deputirte theilnahmen. Die absolute Kammermehrheit beträgt aber 254. Crispi richtete einen Appell zum Zusammenhalten und zur Disciplin an die Majoritätsparteien für die morgige Abstimmung über die Zusammenlegung des Bureaus und des Präsidiums der Kammer. Crispi schlug in rühmenden Worten den Deputirten Villa als Candidaten für das Kammerpräsidium vor; die Versammlung billigte einstimmig diesen Vorschlag. Die Oppositionsparteien werden die Candidatur des Herzogs Gaetani aufrechterhalten. — Es bedeutet einen Mißerfolg der Regierung, daß Biancheri die Präsidentenwürde abgelehnt hat. Es wird wahrscheinlich auch nicht der letzte Mißerfolg sein.

Die Deputirtenkammer hat denn auch am Dienstag Villa mit 268 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der Candidat der Opposition Herzog Gaetani erhielt 156 Stimmen.

— **Paris,** 11. Juni. Die Morgenblätter haben aus der gestrigen Rede des Ministers Hanotaux in der Deputirtenkammer die Erwähnung eines Telegramms Hanotaux an den französischen Botschafter in St. Petersburg hervor, in dem es heißt, Frankreich stelle die Rückicht auf seine Alliancen voran; es sei bereit, die Absichten Rußlands bezüglich des japanisch-chinesischen Friedens zu unterstützen. Die meisten Blätter, auch der „Figaro“, meinen, daß danach die Existenz eines russisch-französischen Allianzvertrages ohne Zweifel sei. Frankreich könne nunmehr unbeforgt nach den Werken des Fortschrittes und des Friedens widmen. Nur die „Débats“ zweifeln ob ein formelles Arrangement besteht.

— **London,** 10. Juni. Im Verlaufe der Untersuchung des Handelsamts über das „Elbe“-Unglück sagte der Offizier der „Elbe“, Stolberg, aus, er habe mit dem ersten Offizier auf der Brücke gestanden und die Lichter der „Grathie“ drei Minuten vor dem Zusammenstoße gesehen. Die „Elbe“ hatte einen Kurs von 15 Knoten und änderte denselben nicht, als die Lichter der „Grathie“ gesehen waren; soviel ihm bekannt sei, sei eine Panik nicht hervorgerufen worden. Darauf wurde die Untersuchung vertagt.

— **London,** 11. Juni. Die „Times“ meldet aus Odessa: Der Dampfer „Mariya“ der Russischen Transport-Gesellschaft gehörig, brachte vor einigen Tagen 1000 Mann Grenztruppen nach Batum zur Verstärkung der Streitmacht, welche jetzt längs der russischen Grenze gegenüber von Türkisch-Armenien aufgestellt ist. — Ob Rußland denn wirklich so schlagfertig ist, wie es offenbar scheinen möchte?

— **Madrid,** 11. Juni. 12,000 Reservisten werden un-berzüglich einberufen. — Natürlich für Cuba! Und dabei faßeln die Regierungsorgane immer noch davon, daß der cubanische Aulstand bald vollständig unterdrückt sei.

— **Fokohama,** 11. Juni. Nach einer amtliche Depesche aus Formosa hat die japanische Garde am 7. Juni Taiphu besetzt. — Damit scheint Japan in vollständigem Besitz der Insel zu sein und mit der Republik Formosa und den schönen Plänen Rußlands ist es wieder mal — Essig!

— **Shanghai,** 11. Juni. Ein Telegramm des „Bureau Reuter“ aus Tschingting vom 9. d. Mts. berichtet von einem Angriff auf die Missionsstationen Kiatong und Jotshau. Das Eigenthum der Missionäre wurde zerstört. Die chinesischen Beamten weigerten sich einzuschreiten. Auch andere Missionscentren wurden bedroht. In Tschengli fanden 20 Erwachsene und zahlreiche Kinder aus der christlichen Gemeinde Schutz im Amtsgebäude. Die Verantwortlichkeit für die Angriffe auf die Missionsanstalten wird dem Vicönig Lin zugeschrieben.

**Bermischtes.**

**Die deutschen Orden fallen im Courte.** Nachdem eben erst der französische Gelehrte Pasteur die Verleihung des deutschen Ordens „Pour le mérite“ dankend abgelehnt hat, der ihm jüngst verliehen werden sollte, ist jetzt der englische Philosoph Herbert Spencer diesem Beispiel gefolgt. Er erklärt in einer Mittheilung an mehrere Journale, er müsse die Annahme des Ordens „Pour le mérite“ ablehnen, da die Annahme einer solchen Auszeichnung mit den von ihm bezüglich der Orden öffentlich ausgesprochenen Ansichten im Widerspruch stehen würde. Deutsche „patriotische“ Professoren werden eine solche Handlungsweise freilich unbegreiflich finden. Sie wissen nicht, wie ein Gelehrter seine Belohnung noch in anderen Dingen finden kann, als in Verehrung und Ordensauszeichnungen. In diesem Punkt unterzeichnen sie sich in nichts von Hoffstrangen und ordenshungrigen Sommeren-räthen.

**Standesamtliche Nachrichten.**

**Rom** 11. Juni. Heiraths-Entscheidungen. I. Haushälter G. rmana Sabajal, evang., Sonnenstr. 28, und Emilie Winter, kath., Lorenzstraße 3. — Kürschner P. rumpert, kath., Graben 10, und Louise Baumert, evang., Magdalenenplatz 67. — Sebe-

Lablous Santorel, kathol, Neue Weltgasse 44, und Maria Zimmerlich, kath., Neue Weltgasse 36. — Haushälter Julius Schindler, evang., Carlstr. 32, und Agnes Braun, kath., Altbühnerstraße 89. — II. Maurer Paul Beccewski, kathol., Sträßchenstr. 47, u. Clara Otto, ev., das. — Schlosser Simon Geth, kathol., Siebenbüfenerstr. 5, und Leopoldine Knoppid, kath., Freiburgerstraße 25. — Arbeiter Julius Kliner, kath., Rendorferstr. 93a, und Ww. Bertha Lindner, geb. Kretschmer, ev., Victoriastraße 5. — Buchbinder Julius Hirschke, kathol., Döschstr. 28, und Ida Birke, ev., Zimmerstraße 3. — Bierkutscher Julius Hietz, kath., Klosterstr. 88, u. Marie Frische, evang., Grünstraße 19. — Tischler Oscar Kugel, ev., Sebanstraße 6, und Helene Solema, ev., Berlinerstr. 73. — Arbeiter Philipp Sebisch, ev., Döschstr. 16, und Marie Betsch, ev., das. — III. Drechsler Paul Kynast, kathol., Hirschstraße 63, und Anna Kasper, geb. Schneider, kath., Hirschstr. 66. — Zimmermann Gustav Knappe, ev., Or Dreilindengasse 20, und Ida Pauli, ev., daselbst. — Malermeister Gustav Heil, freiwillig, Neue Junferstr. 17/18, und Emilie Schelosky, freierl., das. — Köpfer Oscar Schirmer, ev., Forst, und Clara Kreuzte, ev., Kleine Scheitnigerstr. 20c.

Geschl. Jungen. I. Arbeiter Eugen Kessel, evang., mit Emilie Schulz, ev., hier. — Tischler Franz Nader, kath., mit Marie Blauth, kathol., hier. — II. Uhrmacher Theodor Reichelt, kath., mit Auguste Kajsunka, ev., hier. — Arbeiter Ambros Fischer, kath., mit Agnes Scharf, geb. Kimek, kath., hier. — Schneidermeister Paul Scholz, kathol., mit Amalie Dienert, evang., hier. — Kaufmann Max Fleischer, kath., mit Emilie Otto, geb. Schönfeld, evang., hier. — III. Arbeiter August Steinmetz, ev., mit Maria Pietich geb. Baumgarten, kath., hier. — Tischler Carl Zimmer, kath., hier. mit Pauline Schelenz, ev., Nikolstr. — Arbeiter Carl Freyer, evang., mit

Bertha Golla, kathol., hier. — Arbeiter Wilhelm Burghardt, ev., mit Martha Schöpe, geb. Scharf, ev., hier. — Tischler Wilhelm Thomale, ev., mit Rosalie Pawlat, kath., hier. — Restaurateur Franz Laban, kathol., mit Hedwig Koch, kath., hier. — Fleischer Max Hasler, kathol., mit Emilie Schilling, kath., hier.

Geburten I. Koffendiener Hermann Barbel, ev., I. — Schneidermeister Robert Thomalla, kath., S. — Maurer Ernst Goldmann, kathol., I. — Schneidermeister Edmund Lamla, kath., I. — Schneidermeister August Hoffmann, kath., I. — Arbeiter Gustav Scholz, evang., S. — Handelsmann Johann Eisbach, kath., I. — Schiffseigner Friedrich Lobbad, ev., S. — Schuhmacher Ernst Fabian, kath., I. — Schlosser Hermann Wildner, evang., S. — Holzkutscher Carl Kongoz, kathol., S. — Cigarrenmacher Paul Meißner, evang., S. — Schmied Julius Burghardt, ev., I. — Tischler Carl Liebich, ev., I. — Schauspieler Paul Froetel, ev., S. — Hilfsweichensteller Wilhelm Sommer, evang., S. — Postschaffner Martin Wojciechowski, kathol., I. — II. Schuhmacher Carl Daniel, kath., I. — Restaurateur Josef Pilz, kathol., I. — Schuhmacher Paul Seidler, kathol., S. — Arbeiter Josef Schmidt, kath., I. — Tischler Julius Teuber, kath., S. — Kretschmer Carl Tischler, ev., S. — III. Telegraphenleitungs-Aufscher Robert Fulde, kathol., S. — Klempnermeister Richard Wolff, ev., I. — Anstreicher Robert Katsche, ev., I. — Kaufmann Richard Schmidt, kathol., I. — Zimmermann Alois Hansel, kathol., S. — Radfaher Paul Kornek, kathol., I. — Arbeiter Wilhelm Härtel, ev., S. — Hilfsbremser Traugott Herrmann, ev., S. — Tischlermeister Paul Junke, evang., I. — Bäckermeister Max Piemer, kathol., S. — Kutscher Daniel Siegojch, ev., S. — Arbeiter Franz Zimmer, kath., S.

Todesfälle. I. Kutscherwitwe Luise Hippe, geborene

Scholz, 65 J. — Arbeiter August Birke, 43 J. — Frh., S. des Stellmachers Max Adam, 3 Woch. — Bruno, S. des Schlossers Julius Walzer, 2 J. 6 M. — Schmidt Traugott Maschel, 37 J. — Hausdiener Anton Ornat, 72 J. — Clara, I. des Hilfsbremfers Ernst Nietke, 10 M. — Ute, I. des Malergehilfen Max Klose, 8 M. — Arbeiter Johann Romak, 39 J. — II. Radfahermeisterfrau Josefa Witschall, geborene Bargel, 48 J. — Gertrud, I. des Hilfsbremfers Edmund Nebel, 12 W. — Otto, S. des Tapezierers und Decorateurs Otto Ute, 5 Jahre. — Heinrich, S. des Schlossers Julius Wittmann, 6 M. — Arthur, S. des Arbeiters Max Franke, 10 W. — Fleischersfrau Louise Globig, geb. Schneider, 24 J. — Frh., S. des Arbeiters Michael Grazmaga, 4 Mon. — Agnes, I. des Tischlers Josef Skarzik, 10 Tg. — Arbeiter Robert Koch, 16 J. — Buchhaltersfrau Louise Köschel, geb. Schön, 35 J. — Albert, S. des Holzhandlers August Willner, 5 J. — Arthur, S. des Schneidermeisters August Gellrich, 4 Mon. — Herbert, S. des Zimmermanns Josef Kührner, 2 M. — Martha, I. des Arbeiters Josef Schmidt, 7 Std. — Curt, S. des Malers Georg Kuppe, 1 M. — III. Martha, I. des Arbeiters Carl Dräcker, 3 Mon. — Max, S. des städtischen Pachtsohwärters Franz Karbstein, 8 Monate. — Cigarrenmacherin Antonie Gase, 29 J. — Hedwig, I. des Schlossers Hugo Sahn, 4 M. — Anna Krummschmidt, ohne besondern Stand, 31 J. — Fleischermeister Hermann Gner, 71 J. — Steinmetz Alfred Schubert, 32 J. — Fabrikarbeiterin Martha Dreßler, 18 J. — Erich, S. des Gasanstaltsarbeiters Rudolf Kutsche, 2 J. — Schuipedeßfrau Hulda Hähnel, geb. Rasko, 35 Jahre. — Margarethe, Tochter des Tischlers Max Maulsch, 16 Tage.

# Freie Turnerschaft zu Breslau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 14. d. Mts die Turnstunden beginnen und dann regelmäßig jeden Dienstag und Freitag stattfinden. Die Beiträge werden in den Turnstunden erhoben und neue Mitglieder aufgenommen.

Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen

Der prov. Vorstand.

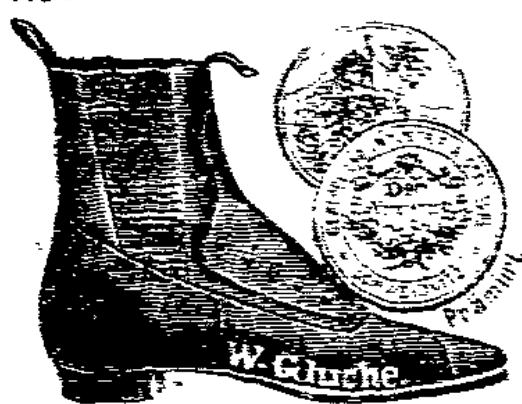
## Gesellschaftswagen

in Tourfahrten, bis 18 Personen fassend, Equipagen und Halbverdeckt empfehlen

**C. Jachisch, Klosterstraße 140.** Telefon Nr. 841

# Ausverkauf!

wegen Geschäfts-Verlegung Mitte Juni nach Neumarkt 13 (Erdbeben 3816)



Herrn-Leberzugstiefeln, welche früher 8.00, jetzt 5.75, Herren-Leberzugstiefeln, gelber Rand, welche früher 10.50, jetzt 7.75, Herren-Schuhstiefeln, welche früher 12.00, jetzt 7.00, Damen-Leberzugstiefeln, welche früher 5.50, jetzt 3.25, Damen-Leberzugstiefeln, gelber Rand, welche früher 8.25, jetzt 5.50, Damen-Filzschuhe, Leder-Sohlen, 80 Pf., Kinder-Lederhülle 25 Pf., 100 verschiedene andere Artikel.

Alles gute Waare, dafür bürgt mein 22 jähriges Bräutchen.

**Wilh. Gluche, Neumarkt 12,**  
Eingang Catharinenstraße.

## Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art

mit nebenstehender Control-Markte. Eine Garantie daß der Käufer nur reell gearbeitete Waare und der Arbeiter einen menschenwürdigen Lohn erhält.

Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei

### V. Liepelt,

Confectionshaus „Solidarität“,  
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,  
Ecke Neue Welt-Gasse.

Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit gut und sauber ausgeführt. Suche der Arbeiterjahre ist es, dieses bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen und gegenseitig Solidarität zu üben. Arbeiter, Genossen, es gilt für uns das vernünftige aller Systeme die doppel Ausbeutung zu bekämpfen!

Die Control-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen, Sitz Berlin.

## Strohüte

für Herren, Damen und Kinder, garnirt und ungarirt nach neuester Mode

zu billigen Preisen 3509

**Heinrich Pätzold,**  
Kraischestraße, Ecke Königsplatz

## Liebich's Etablissement.

Neues Sommer-Theater.  
Direction: F. Witte-Wild.  
Mittwoch:  
„Der Probeluß“.  
Donnerstag:  
Die selbe Vorstellung.  
In Vorbereitung:  
„Zata-Toto“

# Unstreitig

das grösste Lager am hiesigen Platz

## Strümpfen, Socken, Längen.

Specialität: **Diamantschwarz** (garantirt waschecht)

„Sport“- oder **Touristenhemden** genannt  
(riesige Auswahl) **sehr billige Preise.**

3779 **Chemiset s. Kragen, Manichetten,**  
garantirt 4-fach Rein-Leinen **anerkannt billigste Bezugsquelle.**

## Cravatten,

billigster Eingang von Neuhäuser, colossales Lager, fabrikhaft billige Preise.

# Lucas Nachfolger Fraenkel,

(Neubau) **54 Schmiedebrücke 54 (Neubau)**

NB. Auf Firma bitte genau zu achten.  
Sämtliche Artikel sind im Schaufenster mit Preisen versehen und werden auf Wunsch verabreicht.

Die gegen den Herrn **Johann Keller** ausgesprochene Beleidigung nehme ich nach schiedsmännlichem Vergleich hiermit zurück und 3921

**leiste Abbitte.**  
**P. Boremski.**

## Arbeiter wählt

Eure Werk- und Festtags-Kleider nur bei

### G. Knauerhase,

Neumarkt 45,  
pari und I. Etage,  
Ecke Kupferstrasse.

Selbige sind durch eigene Anfertigung, guten Sitz und bekannt billige Preise vor allen andern vorzuziehen.

## Musik-Instrumente

Alle Klav. Streich- u. Schlag-Instrumente, Spieldecken und Drehen u. selbstständig, Musik-Automaten fertigt

**S. Cohn,** Kupferstrasse 17. 2

## Singer-Nähmaschinen

zur noch kurze Zeit für 45 Mark  
mit mehrjähriger Garantie im Nähmaschinen-Fabrik-Lager von **Salz Freund,** Brückstraße Nr. 4/5.

## Der schwarze Mann!

Lucanus heißt der schwarze Mann, Vor dem sich fürchten Minister Und sieht er scharf nur einen an, So weiß man: geliefert ist Der! So hat er jüngst Herrn Briesch besucht:

Nun tönet bald die Weise: Herr Berlepsch hat — Urlaub nachgejucht

Zu einer Erholungsreise. Doch nie vom Reiseziel er kehrt Zurück auf seinen Posten — „old 74“ hat ihm verehrt Stillsitz für billige Kosten!

### 20% billiger wie überall!

zu streng festen Preisen für 1 Mark,  
Touristen in hell und dunkel, für 1.50 Mark,  
Sommer-Jaquets, waschbare Stoffe, für 2 Mark,  
solides Lustre-Jaquet in schwarz, für 2.50 Mark,  
guter waschbarer Schulanzug, für 3 Mark,  
Staub-Mäntel in jeder Größe, für 4 Mark,  
Kammgarn-Sommer-Hosen durchwachte Qualität, neueste Dessins

## Sommer-Anzüge

für Herren und Knaben aus den neuesten Fantasie-Stoffen von 12 bis 30 Mark.  
Sommer-Jaquets und -Hosen, Wasch-Anzüge für Herren nicht von Stoff zu unterscheiden.  
für Knaben in Kittel- und Matrosen-Jacobs. nur 2 Mt. an.

## Hochfeine Jaquet- u. Rock Anzüge

(in Tuch und Kammgarn) nur 10, 12, 15, 20, 25, 27, 30, 36 Mt. prima.

## Frühjahrs-Paletots und Peltriern-Mäntel

von 8, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 27, 30, 36 Mt. Reise-, Braut- und Gesellschafts-Anzüge v. 15, 18, 20, 25-30 Mt., Prachtexemplare 33, 35, 40 Mt. Solide Stoffhosen von 3, 4, 6, 8, 10, 12 Mt. prima. Feige-Anzüge für Herren und Knaben.

## „Goldene 74“

Größtes Versandthaus.  
74, Chlauerstraße 74,  
nur in der I. Etage.  
Kunstgezeichnet photographirt wird jeder Käufer und erhält sein gut getroffenes Bild mit.

## Enorm billig.

Schürzen, Blousen, KÖE., Strümpfe, Corsets, sowie sämtliche Woll- und Weißwaaren empfehlen zu ganz besonders vortheilhaften Preisen.

**S. Schlesinger, Carlstraße 3.**  
Wieder-Verläufer Rabatt. 3778